

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.1.00, monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 76.

Dienstag, den 31. März 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Reichstagswahlbewegung

hat im ganzen Reiche kräftig eingesetzt. Noch ist zwar der Wahltag nicht ausgeschrieben, allein es darf als sicher gelten, daß die Entscheidung im Juni fallen wird.

Die Sozialdemokratie war, wie immer, mit ihren Vorbereitungen am frühesten von allen Parteien fertig. Sie hat fast überall ihre Kandidaten schon ernannt, in ihren Organisationen herrscht ein reges Leben, ihre Presse kann fast an allen Orten einen erfreulichen Zuwachs verzeichnen.

Die eigentliche Wahlagitatio hat zwar schon begonnen, sie wird jedoch erst in den nächsten Wochen ihre Höhe erreichen. Von der Ueberzeugung aber ist die ganze Partei erfüllt: Mit rastlosem Eifer, mit Aufbietung aller Kräfte, alles Opferfinnes muß gearbeitet werden, damit namentlich hinsichtlich der Stimmziffern ein imponantes Ergebnis erzielt wird.

Schon auch sammeln sich ringsum die Feinde. In vielen Kreisen haben die Gegner ein mehr oder minder verächtliches „Ordnungskartell“ geschlossen, und vom männlichen Freisinn bis zum Bund der Landwirthe, bis zu dem Hochunklerthum richtet sich die Phalanx der Gegner gegen das werththätige Volk, steht die „heilige Allianz“ der Ausbeutung der „Armee der arbeitenden Klassen“ gegenüber.

Nieder mit der Sozialdemokratie! heißt der laute und der heimliche „Schlachtruf der Reaktion, und selten hat das werththätige Volk, haben die Gegner aller Reaktion vor wichtigeren, vor mehr folgenschweren Entscheidungen gestanden, als in diesem Wahlkampfe.

Nachhaltig aber, wirksam und erfolgverheißend kann die Schlacht nur geschlagen werden durch die Mithilfe der besten, der immer schneidigen Waffe:

der Presse.

Die Presse zu stärken, ihr noch mehr Einfluß zu sichern, ihr mehr Abonnenten, mehr Leser zu verschaffen, das ist wohl eine der wichtigsten Aufgaben der zum Kampf bereiteten. Das gesprochene Wort verwehrt, das gedruckte Wort der sozialdemokratischen Presse kommt ein unerbittlicher, ein unermüdlicher Mahner Tag für Tag. In den Wirrungen des Wahlkampfes ist die sozialdemokratische Presse eine sichere Führerin. Sie enthüllt die Pläne der Reaktion, sie vertritt das Recht der Unterdrückten, sie weist an der Hand des sozialdemokratischen Programms den richtigen Pfad zum Siege.

Für unsere alte Hansestadt hat der

„Lübecker Volksbote“

diese Aufgabe übernommen, und er wird sich bemühen, auch fernerhin, und namentlich im kommenden Gesefte, „seinen Mann zu stehen.“

Aber Maßen hieße Kosten erst Recht auf dem Gebiete des Befreiungskampfes für die Unterdrückten, auf dem Felde des Krieges gegen die Reaktion, gegen die Ausbeutung in jeder Form. Und an den Freunden der Gerechtigkeit und Wahrheit ist es, durch eifrige Agitation für ihr Blatt die Sache zu fördern und zu stärken, der es dient.

Der „Lübecker Volksbote“ ist ein Organ der sozialdemokratischen Partei, das eigenste Organ der Arbeiter selbst. Aber wie die Arbeiterbewegung die Kulturbewegung unserer Zeit ist, so hat ihr Organ nie außer Acht gelassen, unter dem unablässigen Kampfe für die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Massen, der Förderung der Kulturaufgaben mit hingebendem Ernste zu dienen.

In erhöhtem Maße noch kann das geschehen, wenn der Defektkreis, wenn die Abonnentenziffer des Blattes weiter in so erfreulichem Maße wächst wie bisher.

Und wenn wir die Freunde unserer Sache nun aufordern, mit allen Kräften, mit stürmischer Entschiedenheit am bevorstehenden Quartalswechsel für ihr Blatt zu wirken, so hat diese Aufforderung mit gewinnwichtigen, mit geschäftsmäßigen Absichten nichts zu thun.

Der Gewinn, der materielle wie der ideelle, gehört der Partei, und wer für ihr Organ wirkt und agitirt, arbeitet für sich und die Sache, der wir Alle ergeben sind.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Für das zweite Quartal oder Monat April nehmen

alle Postämter, alle Zeitungsausträgerinnen Bestellungen auf den „Lübecker Volksbote“ entgegen. Der Abonnementspreis stellt sich für Lübeck, frei in's Haus gebracht, monatlich auf 55 Pfg., vierteljährlich auf 1,60 Mk.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagswahlen sollen, wie Wolff's Telegraphen-Bureau meldet, nach einer kaiserlichen Verordnung vom 28. März am 16. Juni cr. stattfinden. Damit wäre allem Rathen über den Wahltermin ein Ende gesetzt worden. — Um so auffälliger muß es erscheinen, daß der „Vorwärts“, der sonst doch in solchen Sachen ziemlich genau unterrichtet ist, am Sonnabend meldete, die Wahlen würden am Sonntag den 17. Mai stattfinden und in seiner Sonntag Nummer nochmals ausdrücklich gegenüber entgegenstehenden bürgerlichen Zeitungsmeldungen feststellte, daß dieser Tag als Wahltermin in Aussicht genommen sei. Sollte sich hier inzwischen etwas hinter den Kulissen abgespielt haben? Doch sei dem, wie ihm wolle: der Wahltermin ist jetzt festgesetzt. Nunmehr heißt es, die wenigen Wochen, die uns noch von dem Wahltermin trennen, zur regen Agitation zu benutzen, damit der 16. Juni 1903 uns der Vollendung der dritten Million Wählerstimmen näher und uns in Lübeck abermals den Sieg bringt! Den Genossen in Stadt und Land rufen wir deshalb zu: Auf die Schanzen!

Wie „Krupp“-Männer agitiren! Im 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreise, dessen Abgeordneter jetzt Genosse Rosenow ist, kandidirt der Scharfmacher Jenke, der früher Leiter der Krupp'schen Werke, für das Kartell. In Versammlungen will der Herr nicht zum Volke herabsteigen. Wo er spricht, wird von vornherein vorgebeugt, daß Sozialdemokraten ihm nicht entgegenstreten können. Dafür soll auf die Wähler ein möglichst starker Druck ausgeübt werden. Auf seine Anweisung hin sollen in jedem Ort des Kreises sogenannte Wahlkomitees in Stärke von 12—15 Personen gebildet werden. In je 8—10 Häusern soll ein Komiteemitglied die Agitation betreiben und besonders am Wahltag die säumigen Wähler auf die Beine für Herrn Jenke bringen. Weistens sind die Gemeindevorstände mit der Bildung der Komitees beauftragt worden. — Kein Zweifel, Herr Jenke läßt sich die Sache etwas kosten! Aber die Energie und der Opfermuth unserer Genossen wird auch mit Krupp-Männern fertig werden!

Bum Bum! Schweinburg trompetet in dem „S. P. N.“ zum Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie. Er erzählt, wie wohlgerüstet die Sozialdemokratie bestehe, während die bürgerlichen Parteien noch vielfach unter einander streiten. Das muß anders werden:

Die gemeinsame Bekämpfung dieses gemeinsamen Gegners muß die vornehmste Aufgabe aller bürgerlichen Parteien sein. Noch ist es Zeit, manches Versäumte nachzuholen, aber es ist auch hohe Zeit, daß die bürgerlichen Parteien sich der Gemeinsamkeit ihrer Interessen an der Bekämpfung der Sozialdemokratie erinnern und demzufolge statt ihre Kräfte in gegenseitiger Bekämpfung zu erschöpfen, sie in erster Linie gegen den gemeinsamen Feind, der zugleich der Feind unserer Gesellschaftsordnung und des deutschnationalen Staatswesens sowie der Monarchie ist, wenden.

Mit solcherlei Bum-bum-Phrasen wird man den geistigen Kampf gegen die Sozialdemokratie führen. Sachliches hat man nicht, was bleibt den Armen im Geiste aus Galtzien übrig, als von Vaterlandslosigkeit, Feindschaft gegen Monarchie und bestehende Gesellschaftsordnung zu posauenen?

Freikonservative und Freisinnige Arm in Arm. Für Berlin empfiehl die Oberfleischfeste, die „Post“, den Freikonservativen „in denjenigen Berliner Wahlkreisen, in denen gegenüber den Sozialdemokraten nur der freisinnige Kandidat ernstlich als Mitbewerber in Betracht kommt, von vornherein für den letzteren zu stimmen.“ Armer Freisinn, wie tief bist du gesunken!

Die Liebermänner haben einen Wahlspruch erlassen, in dem sie erklären, sie wollten nicht als Kartellbrüder zu Gunsten irgendwelcher Mischmashkandidaten, sondern als rückgratstarke, kampfbereite Männer das deutsche Volksthum vom Judenthum, der Sozialdemokratie und den Auswüchsen des Kapitalismus befreien. Die Liebermänner — auch Deutschsoziale genannt — sind angestellte Agenten des Bundes der Landwirthe.

Für die Wahlagitatio fehlen den „Reaktionären“ Parteien offenbar noch die Leute, welche dickfellig genug sind, die Sünden der Wucherzöllner auf sich zu nehmen. Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Zeitungsinferats werden bereits Leute gesucht, die gewillt sind,

ihre Redekunst in den Dienst der „guten Sache“ zu stellen. So wird in der „Kreuz-Zeitung“ bekannt gegeben:

„Herren, welche sich bereits als Redner in Wahl-Versammlungen für den Mittelstand, gegen Sozialdemokratie und Freisinn, betätigt haben und dies wieder thun wollen, werden um Nachricht gebeten“, (folgt Angabe einer Chiffre, unter welcher die Angebote postlagernd eingereicht werden sollen).

Dies öffentliche Ausschreiben von Agitatorenstellen ist bemerkenswert; man betrachtet die Personen, welche ihre Ueberredungsgabe in den Dienst der nationalen Parteien stellen wollen, von vornherein als Geschäftstreisende, und dementsprechend werden ihre Anmeldungen eingefordert, als ob es sich um den Vertrieb einer neuen Art von Patent-Hosenträgern oder Schweizerpillen handelte. Man sieht, daß die anti-sozialistischen Parteien sich ganz richtig einschätzen.

Wahlnachrichten. Für die kommenden Reichstagswahlen haben die Ordnungsparteien des Reichstagswahlkreises Mühlhausen-Langensalza-Weißensee den bisherigen Vertreter im Reichstage, Landgerichtsrath v. Strombeck Berlin einstimmig als Kandidat aufgestellt. — In Schmalkalden wurde in einer freisinnigen Versammlung als Kandidat Fabrikant und Gutsbesitzer L. Seyboth aus München proklamirt. — Das Zentrum wird, wie das „Wiess. Volksbl.“ meldet, den Landtagsabgeordneten Landgerichtsrath Jzwalle als Reichstagskandidaten für den 2. nassauischen Wahlkreis aufstellen. — Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei stellte in Weinheim den Pfarrer Blum aus Oberab-Steinach zum Kandidaten für die Reichstagswahlen für Bensheim-Erbach-Vindensfels auf. — Das Zentrum stellte in dem Wahlkreise Wittlich-Werkaffel, den zur Zeit der Zentrumsgewählten Wiesebach vertritt, den Oberförster Frhrn. v. Wolff-Wettermich in Morbach als Kandidaten für die Reichstagswahl auf. — Nach dem „Deutschen Volksblatt“ wurde für den 10. Wahlkreis Gmünd-Göppingen-Schorndorf-Welzheim als Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien der Vorstand der Strafanstalt Gotteszell, Oberjustizrath Dr. Mayer, aufgestellt. Der Bezirk ist bisher nationalliberal vertreten. — Für die Stadt Straßburg hat nach der „Fest. Ztg.“ der rechtsliberale Bürgerverein beschloffen, den Bürgermeister Bach-Straßburg, der ungefähr auf nationalliberalem Standpunkt steht, als Kandidaten aufzustellen.

Geht der Kriegsminister? Eine überraschende Meldung bringt das „Berl. Tagebl.“ Nach demselben dürfte die Demission des Kriegsminister v. Gopler eine Frage kürzester Frist sein. Das Blatt hört weiter, daß an seiner Stelle der Kommandeur des ersten Armeekorps Frhr. v. d. Goltz treten dürfte, der mit dem jetzigen Kriegsminister den Posten tauschen würde. Ueber den Grund der geplanten Demission verlautet nichts! — Uns kann es ganz gleichgültig sein, ob Gopler oder ein anderer Kriegsminister ist; es ist immer dieselbe Nummer in veränderter Auflage.

Die Krankenversicherungskommission des Reichstages, über deren Donnerstag-Sitzung wir in der heutigen Beilage berichten, nahm am Freitag die zweite Lesung der Novelle vor. Die Beschlüsse der ersten Lesung wurden im Allgemeinen aufrecht erhalten und die Anträge der Sozialdemokraten auf Einbeziehung der Handlungsgehilfen, Heimarbeiter und ländlichen Arbeiter in den Versicherungszwang und auf Erhöhung der Wöchnerinnenunterstützung wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Abg. Hofmann-Dillenburg (M.), wonach die Verträge über die ärztliche Behandlung, Lieferung der Arznei, Kur und Verpflegung mit bestimmten Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern der Aufsichtsbehörde mitzutheilen sind, damit diese bequemer Material für die künftige Revision der Verträge und Apothekerfrage sammeln kann. Eine heftige Debatte entstand über folgenden Antrag des Abg. v. Savigny (B.), der dem § 42 folgenden Zusatz geben will: „Die Rasse hat eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Rassenbeamten geregelt werden. Die Dienstordnung und spätere Abänderungen derselben unterliegen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.“ Dieser Antrag wurde von den Abgg. Stadthagen und Zubeil (SD.) bekämpft. Sie befürchteten, daß den Militärärzten dadurch der Weg zu den Rassenstellen geöfnet werden solle und stellen in Aussicht, daß dem ganzen Gelebe bei Annahme dieses Antrags im Plenum der heftigste Widerstand entgegengestellt werden würde. Der Antrag v. Savigny wurde aber mit neun Stimmen angenommen. Die Regierung hatte sich an der ganzen Debatte nicht betheilig, sie hielt sich wohlweislich in der Reserve. Einstimmig angenommen wurde ein weiterer Antrag v. Savigny (B.), in den Gesetzen über die Unfall- und Krankenversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen die Unterhaltungsdauer von 13 auf 26 Wochen zu erhöhen. Zum Schluß wurde eine Subkommission eingesetzt, bestehend aus den Abgg. v. Savigny (B.), Hofmann-Dillenburg

(N.), Koeside-Deffau (Bzg.) und Stadthagen (SD.), die den Bericht für das Plenum feststellen soll. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Hofmann-Dillenburg bestimmt.

Gegen die Sozialdemokratie! Das war der rote Faden, der sich durch alle Verhandlungen des Konserativen Parteitagess, über den jetzt vorfristig ein wenig der Schleier gelüftet wird, zog. Schon in der Eröffnungssprache trompetete der Freiherr v. Manteuffel gegen die Sozialdemokratie:

„Den Konservativen sei es in erster Linie zu verdanken gewesen, daß die Kraftprobe der Sozialdemokratie im Reichstage zurückgewiesen wurde; man hätte deshalb erwarten können, die Regierung werde auf dem geschaffenen gemeinsamen Boden mit den Konservativen den Kampf gegen die Sozialdemokratie und deren Helfershelfer aufnehmen. Was sei aber geschehen? Die Antwort der Regierung sei ein Entgegenkommen an die Linke gewesen. Es sei die Verheißung des „Lofettgesetzes“ und das bekannte Revirement erfolgt, dessen politischer Charakter hauptsächlich in der Provinz hervortrete.“

Wie „undankbar“ doch die Regierung ist! In seinem Referat über „Organisation und Wahlen“ gab v. Voelck unter Beifall „mächtigsten Umfangs“ die Parole aus: der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei ein Kampf des Glaubens gegen den Unglauben. Ueber die allgemeine politische Lage referierte Graf Limburg-Stürum, der gleichfalls „Unversöhnlichkeit gegen die Sozialdemokratie und ihre Helfershelfer und deshalb Prüfung der freisinnigen Kandidaten über deren Stellung zur Sozialdemokratie, Einvernehmen mit den übrigen Parteien insonderheit auch mit dem Zentrum“ predigte. Eugen Richter wird stolz darauf sein, daß seine Kandidaten von den Konservativen nicht wenigstens schon — dank seiner gloriosen Zollpolitik — der „Prüfung“ gewürdigt werden. Daß sie die Prüfung über ihre Stellung zur Sozialdemokratie sämtlich glänzend bestehen werden, wer zweifelt wohl daran! Ueber Arbeiterfürsorge und Mittelstand sprach Freiherr v. Richter-Mertisch. Auch dieser Redner „charakterisierte in scharfer Weise die unverständliche milde Haltung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie. Mit vollen Segeln wollen wir in der Sozialpolitik weitersteuern, aber nicht ins Wasserlose hinaus und nicht in die Einseitigkeit hinein.“ In der von ihm vorgeschlagenen und zur Annahme gelangten Resolution, werden die Regierungen aufgefordert, „gegen die gemeindefürsorglichen Bestrebungen der jüdischen gottlichen und menschlichen Autorität untergrabenden Volksverführer zielbewußt und energisch vorzugehen.“ Sonach ist der geheimnisvolle konservative Delegiertentag nichts wie ein Summationskongress zur Erzielung höherer Ziele und Anebelung des sozialdemokratischen gereiften Volkes. Die Mittelstandsretterei ist nur heuchlerischer Aufputz — des Wahlsanges wegen. Am bemerkenswertesten ist die deutliche Kartellneigung, die selbst Eugen Richter liebevoll umfängt.

Wie und von wem Berlin verwaltet wird. Genosse Singer hatte am 14. März im Reichstage erklärt, der Stadt Berlin sei für den von ihr geplanten Bau einer Untergrundbahn vom Potsdamer Platz nach dem Janern der Stadt durch eine kaiserliche Deber die Konzession verweigert worden mit der ausdrücklichen Bemerkung, diese Linie betraf nicht die Stadt Berlin, sondern die wüßte der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske vorbehalten bleiben, damit deren Hochbahn rentabel wird. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ erhielt Befehl, die Wahrheit dieser Meldung abzulugnen, und sie that es. Demgegenüber stellt der „Vorwärts“ fest und belegt es durch Schriftstücke, daß die Angaben Singers vollständig der Wahrheit entsprechen. Einmal im Zuge, bringt unser Berliner Parteiblatt noch andere Thatsachen ans Licht, von denen man nur bedauern kann, daß sie so lange unbekannt und unbesprochen blieben. Der „Vorwärts“ schreibt:

Bekanntlich geht der Vertrag der Stadt mit der Großen Berliner Straßenbahn im Jahre 1919 zu Ende und der Bahnkörper gelangt zu diesem Termin unentgeltlich in den Besitz der Stadt. Der in die Leitung der Gesellschaft berufene ehemalige Ministerialdirektor Herr Nieme hat der Gesellschaft als Morgengabe die Verlängerung ihrer Konzession auf dreißig Jahre mitgebracht. Ohne daß die Vertreter der Stadt gefragt oder auch nur gehört waren, ertheilte der Polizeipräsident — allerdings auf Befehl des Ministers von Thielen — die Konzessionsverlängerung!

Die Stadt erhielt von diesem machbarsten und schier ungläubigen Vorgang amtlich Kenntnis durch folgendes Schreiben:

Der Polizei-Präsident.

Berlin C., 17. Mai 1900.

Auf das Schreiben vom 1. d. M.

Die Zeitungsnachrichten, nach welchen die Genehmigungs-Urkunde für die Große Berliner Straßenbahn auf Anweisung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten bis zum 31. Dezember 1919 ausgedehnt ist, sind zutreffend.

Im Abdruck der Genehmigungs-Urkunde erfolgt anbei.

In Betretung: Friedheim.

Wir unterbreiten diese Thatsachen unsern Lesern ohne jeden Kommentar.

Die Zillerthaler Weber und der Abg. Sebel. Die erzählend, hatte der freisinnige Abg. Träger und der „Bote aus dem Riesengebirge“ die Angaben Sebels über die Lage in der Webererei der Erdmannsdorfer Aktien-Gesellschaft abgezwängt und die Lage der Arbeiter als nicht so traurig geschildert. Als Antwort auf die freisinnige Arbeiterfreundlichkeit fand in Schmiedeberg im Riesengebirge eine Gewerkschafts-Bersammlung statt, welche von den Arbeitern aus der oben genannten Fabrik sehr zahlreich besucht war. Nach dem Referat des Generalsekretärs und einer ausgedehnten Debatte fand eine Resolution Annahme, die folgenden Satz enthält: „Sobald spricht die Bersammlung dem Abg. Sebel ihren Dank aus für die berechtigte Kritik der Lage in der Erdmannsdorfer Webererei.“ Der Redakteur des „Botes aus dem Riesengebirge“, welcher zur Bersammlung eingeladen war, zog es vor, nicht zu erscheinen. Er weiß, daß es schlecht stand um jene Sache. In der Bersammlung waren Weber anwesend, die schon mehr als zwanzig Jahre in der oben genannten Fabrik arbeiten. Die Angaben Sebels über die Lage werden als absolut wahr und richtig nachgewiesen. Und gültig ist unter den Be-

theiligten die Erbitterung über die freisinnige Handlungsweise. Diese Partei hat sich vor den Wahlen eine unglaubliche Blöße gegeben.

Matthias v. Küller als „Regent“. Der Küller treibt's wirklich immer böller. Im Landesauschuß hat er erklärt, christliche Arbeitervereinigungen werde er fördern, nichtchristliche beschränken. Das ist zwar ungeschicklich, unchristlich und dumm, aber — ecklich. — Die „Kölnische Volksztg.“, das führende Blatt des rheinischen Zentrums, bedankt sich übrigens vor der liebenswürdigen Förderung der christlichen Organisationen durch Küller, sie fühlt, daß so etwas doch gar zu kompromittierend wirkt.

Noch ein Fall Kugel. Um zu zeigen, wie wenig prompt das deutsche Auswärtige Amt bei Vorkommnissen, ähnlicher Art wie der Fall Kugel ist, handelt und wie wenig es das Interesse deutscher Staatsangehörigen zu schützen weiß, sei noch auf den folgenden Fall, der der „Leipziger Volksztg.“ aus Rußland mitgeteilt wird, hingewiesen. Auf dem zwischen Stettin und Wibau (Purland) verkehrenden Dampfer „Curonia“ war bis 1898 als Steueremann C. Krüger aus Stettin angestellt. Im Jahre 1898 wurde er verhaftet, weil er angeblich vor mehreren Jahren einmal für einen Bekannten einige deutsche Bücher mitgebracht habe. Ob diese Bücher damals in Rußland verboten gewesen sind oder nicht, das wußten selbst die Untersuchungsbeamten nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Krüger wurde 5 Monate in Zellenhaft gehalten und das nicht wegen den paar deutschen Büchern, wie es einer der Beamten, Oberst Potokki, erklärte, sondern weil man von Krüger auszusagen gegen andere Personen zu erpressen hoffte. Die Gendarmen hatte gegen die Wibau anlaufenden deutschen Dampfer Verdacht gefaßt, daß auf ihnen Bücher geschmuggelt werden; sie wollte nun Krüger, der als alter Seemann die Mannschaften der Schiffe seit Jahren kannte, zu Aussagen zwingen, die der Gendarmen Anhaltspunkte hätten abgeben können. Wenn die Prozig der russischen Gendarmen nicht fremd ist, weiß, wie das gemacht wird. Der Eingekerkerte wird so lange mit Androhungen gequält, bis er zusammenbricht und nicht mehr Herr über sich selbst ist; es entschlippen ihm ein paar unvorsichtige Worte und der Strich für einen Dritten ist fertig. Diese Prozig wurde in den baltischen Gefängnissen besonders eifrig in den Jahren 1897/1898 getrieben, wo an der Spitze der Untersuchungskommission für politische Angelegenheiten der Gehilfe des Nigara-Befürworters, Trufewitsch, stand. In die Hände dieses Trufewitsch fiel auch Krüger. Trufewitsch ließ alle seine Künste spielen; die Aussagen Krügers wurden von ihm verdreht zu Protokoll genommen, so daß Krüger sich weigerte, das Protokoll zu unterzeichnen; es folgten Androhungen u. s. w. Wir wollen auf die Einzelheiten des Schicksals Krügers nicht eingehen, es genügt wohl, wenn auf das folgende hingewiesen wird: Krüger wurde von den Gendarmen in betrügerischer Weise vom Schiff gelockt, der Kapitän des Dampfers wurde von der Verhaftung gar nicht in Kenntnis gesetzt, so daß dieser nicht rechtzeitig genug einen anderen Steueremann bekommen konnte, über die erfolgte Verhaftung wurde auch nicht an die Heimathbehörden Krügers berichtet, so daß die Familie des Verhafteten von dem Geschehniß nur auf Umwegen erfuhr. Weiter: der deutsche Konsul in Wibau hat sich des Verhafteten in keiner Weise angenommen, auf die Zuschrift Krügers an ihn antwortete der Konsul in zwei Zeilen, die Sache gehe ihn nichts an, sondern den Postmeister in Berlin. Als dann Krüger endlich freigelassen werden sollte, da erlaubten sich die russischen Behörden dasselbe, wie im Falle Buchholz; sie verweigerten ihm die Rückkehr per Bahn oder Schiff für eigenes Geld, sie schickten ihn per Etappe auf dem Landwege nach der preussischen Grenze. Hier erwies es sich, daß die Ausreisungspapiere nicht in Ordnung waren, und Krüger mußte in Polangen bleiben, von wo er nun nach einigen Tagen über die Grenze nach Deutschland kam. Schon in Wibau wurde Krüger eröffnet, daß er auf der „Curonia“ nicht mehr fahren dürfe. Krüger wandte sich von Deutschland aus an die russischen Behörden mit einem Gesuch um Aufhebung dieser Bestimmung, aber vergebens; jedoch nahm er die deutschen Behörden in Anspruch, deren Vermittlung er anging, und erst jetzt, im vorigen Jahre, haben die deutschen Behörden, nachdem der Fall Kugel in der Öffentlichkeit zur Sprache gekommen war, auch für den Fall Krüger Forderungen zu zeigen begonnen; denn erst im vorigen Jahre wandte sich der deutsche Konsul in Wibau, nachdem er zur Ausreisung über die im März vorigen Jahres von Vebel vorgebrachten Fälle in Berlin gewesen war, an den Kapitän der „Curonia“, Herrn Jorde, mit dem Ansuchen, dieser möge ihm eine kurze Darstellung des ganzen Falles einreichen. Das, was schon vor vier Jahren hätte gethan werden müssen, das soll also erst jetzt seine Erledigung finden. Eine bewundernswürdige Stumpfheit!

Aufhebung des Fleisch- und Zucker-Oktroyts. Der Gemeinderath von Rülhausen nahm Sonnabend den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Oktroyts für Fleisch und Zucker gegen die Stimmen der Demokraten an. Der Einnahme-Ausfall beträgt circa 200 000 Mark, zu dessen Deckung die Steuerzuschläge zu den direkten Staatssteuern von 28 Proz. auf 56 Proz. erhöht werden müssen. Bravo!

Neue politische Nachrichten. Für die Gemächung von Diäten soll nach der „Morgenpost“ die bayrische Regierung schon lange im Bundesrath gethätig haben. — Die „Böhmische Ztg.“ meldet aus Belgrad: Die Arbeiter des kragujevager Artilleriearsenals erhielten seit Dezember keinen Lohn; sie hungern mit ihren Familien. Infolge des Hungers sind bereits mehrere Entzündungen vorgekommen. „Bäuerchen“ hätte den Einwohnern von Serbien anstatt Kanonen nur lieber Brod oder Geld igenten sollen. — Den Pariser Morgenblättern zufolge haben die Vertreter und Obmänner der verschiedenen Kongregationen beschlossen, der Regierung einen passiven Widerstand entgegenzusetzen. Sie werden sich gerichtlich verurtheilen lassen und erst nach Anwendung von Gewalt ihre Einsprüche räumen. — Die irische Landbill, die durch eine Anleihe von einigen hundert Millionen Mark, die dann zu günstigen Bedingungen bei langjamer Abzahlung ausgeliehen wird, den irischen Pächtern die Möglichkeit zur Erwerbung von Land geben will, ist am Mittwoch im Unterhaus in erster Lesung beraten worden, und von allen Parteien, auch von den Iren, im Prinzip wohlwollend aufgenommen worden. — Die „Revolution“ in Uruguay ist beendet. Die Führer der Revolution nahmen in einer Bersammlung den Friedensvertrag durch Jure an-

Dieser Friedensvertrag giebt nämlich den „Revolutionärrührern“ eine Anzahl fester Posten; und darauf kam von Anfang an nur an.

Norwegen.

Vom Zollbloßsinn. Das Storting stimmte Freitag einstimmig dem Zoll auf lebendes Hornvieh zu, nämlich für Hornvieh über 240 Kilogramm Lebendgewicht 5 Kronen pro Kilogramm, für Hornvieh von 150 bis 240 Kilogramm 12 Kronen pro Stück und unter 150 Kilogramm 7 Kronen 50 Dere. Der Zoll für Gummischuhe ist von 80 Dere auf 1 Krone und der Zoll für Handschuhe für ganzlebdene von 10 auf 12 Kronen, für halblebdene von 6 auf 8 pro Paar gnamum erhöht. Der Zoll für Konserveerbsen ist von 4 auf 40 Dere herabgesetzt pro Kilogramm. Der Zoll auf Pianos wurde einstimmig angenommen, für Flügel 150 Kronen und für tafelförmige und freistehende Pianos 90 Kronen für technische Meß- und Kontrollapparate ist ein zehnpromilliger Werthzoll, für Ferngläser, Mikroskope und photographische Handkameras ein Zoll von 2 Kronen pro Kilogramm angenommen. Dagegen hat der Storting das Aequivalent an die Industriellen abgelehnt. Mit 75 gegen 45 Stimmen verwarf derselbe den von der Mehrzahl des Ausschusses gestellten Vorschlag, betreffend einen Werthzoll von 5 Proz. auf Maschinen. Der bestehende Zoll auf Maschinen bleibt somit unverändert.

Finnland.

Druck erzeugt Gegendruck! Die Erregung unter der Bevölkerung macht sich, wie aus Helsingfors berichtet wird, jetzt in der Boykottirung der hohen russischen Beamten Luft. So konnte der Kreis-Militärchef von Sarawala nicht einmal eine Wohnung bekommen. Er mußte schließlich in der Kaserne Unterkommen suchen. Doch die Antwort auf diesen Gegendruck ist bereit erfolgt. Man kündigt strenge Repressiv-Maßregeln den Gouverneurs an. Aus dem fünften Gardebataillon wurde eine Anzahl Finländer wieder strafweise in russische Truppenteile versetzt, angeblich um die russische Sprache zu erlernen. Die Russifizirung Finnlands geht immer weiter vorwärts, wenn's nicht anders geht, schließlich unter Zuhilfenahme der blauen Bohnen. „Bäuerchen“ wird die Sache schon machen!

Rußland.

Die Plinte schießt, der Säbel haut! In der Bronkeisenfabriken in Slatoust (Gouvernement Ufa) erklärten dem „Regierungsboten“ zufolge, am 22. März d. Mts. etwa 160 Arbeiter, sie würden die neuen Arbeitsbedingungen nicht in Empfang nehmen und am folgenden Tage die Arbeit einstellen. Am 23. sammelten sich etwa 500 Arbeiter an und verweigerten ihre Zustimmung zu den neuen Arbeitsbedingungen. Der Gouverneur von Ufa sowie der Staatsanwalt und Gendarmenchef begaben sich daraufhin nach Slatoust, wo am 26. d. Mts. die Arbeiter, welche die Freilassung dreier verhafteter Kameraden forderten, das Polizeigebäude, die Wohnung des Mittelmeisters Dolgow und das Haus des Bergchefs belagerten. In diesem wurden die Fenster Scheiben eingeschlagen und die Thüren erbrochen. Dem Staatsanwalt, der sich in das Gefängniß begeben wollte, wurde der Weg verlegt; dem Gouverneur drängte die Menge in das Haus des Bergchefs nach, obwohl sie wiederholt zum Auseinandergehen aufgefordert worden war. Der Gouverneur forderte den Bataillonskommandeur zum Einschreiten mit den Waffen auf. Der Gehilfe des Bürgermeisters und ein Gendarm wurden von der Menge durch Revolverschüsse leicht verwundet. Das Militär gab eine Salve ab, durch welche 28 Personen getödtet und über 50 verwundet wurden. Nunmehr zerstreute sich die Menge. Der Ausstand war am nächsten Tage beendet; alle Arbeiter nahmen die Arbeit auf.

Revolutionäre Propaganda der Offiziere. Die Arbeit, die von revolutionären Parteien in den letzten Jahren im Militär unternommen worden ist, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Soeben ist eine Proklamation eines Verbandes der Urmann erschienen, die in scharfen Worten das bestehende System geißelt und die Kameraden zum Widerstand auffordert. Es sind unter den Offizieren einige Verhaftungen vorgenommen worden. In Petersburg sind dieser Tage die Offiziere Orizow und Walschew in Haft genommen und in die Peter Pauls-Feste überführt.

Oesterreich-Ungarn.

Ein neuer Geheimverlaß. Unser Wiener Parteiorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, ist in der Lage, einen Geheimverlaß des Kriegsministers an die Kommandanten zu veröffentlichen. Dieselbe hat nachfolgenden Wortlaut:

Nach verlässlichen Informationen ist dem Reichskriegsministerium zur Kenntnis gelangt, daß die sozialistische und radikal-nationale Propaganda eifrig bestrebt sind, Anhänger für ihre Tendenzen auch unter den Angehörigen der bewaffneten Macht zu gewinnen, die animalitäre Bewegung unter die einzuberufenden Reservisten zu tragen und Flugblätter meuterischen Inhalts in die Kasernen einschmuggeln, alles dies, um den guten Geist und die Disziplin des Heeres zu untergraben und alles zu versuchen, um an der unbedingten Verlässlichkeit der Wehrmacht zu rütteln. Besonders betont sei, daß die Agitation unter den Militärs durch eigene Vertrauensmänner durchgeführt werden soll. Es liegt die Gefahr nahe, daß diese zersetzenden Bestrebungen in nächster Zeit planmäßig organisiert sowie in dem bedeutendsten Umfang in Szene gesetzt werden. Hiervon geschieht Verlautbarung an die Kommandanten zur reservierten Kenntnisaufnahme und dem Zwecke, diesem Gegenstande volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle Maßnahmen zu verschärfen, welche die Behütung der Armee vor der besprochenen Gefahr zum Ziele haben, und mich jeweilig von dem Ergebnis der bezüglichen Beobachtungen sofort in Kenntnis zu setzen. Diese Verordnung ist von dem Kommandanten unter sicherem Verschluß zu halten und bei der Uebergabe des Kommandos persönlich an den Nachfolger zu übergeben.

Auch dieser „Geheim“ erlaß, der das Schicksal der Bersöffentlichung mit manchen anderen Geheimverläßen theilt, ist nicht in der Lage, die Aufklärung des Volkes hintanzuhalten. Es geht auch in den Kreisen des Militärs vorwärts, trotz alledem und alledem!

Ein Bravo den tschechischen Studenten. In Prag fand Donnerstag eine vertrauliche Bersammlung der tschechischen Studentenschaft statt, in welcher auf Entschiedenste Einspruch gegen die Unterstufung erhoben wurde,

welche die österreichischen Behörden den russischen Sicherheitsbeamten bei den Nachforschungen nach politischen Verbrechern in Disziplin zu theil werden sollten. Daß die deutsche Regierung den russischen Senatoren dieselben Scherzgedienste leistet wie Oesterreich ist bekannt, und speziell auf deutschen Universitäten sind die russischen Studenten von einer ganzen Wolke russischer Polizeispitze eingehüllt, aber der deutschen Studentenschaft ist es nie im Traume eingefallen, gegen diese Schmach zu protestieren. Sie müssen hier saufen und Hurrah brüllen.

Gegen die Magyaren, die nach kafatistischer Methode aus den verschiedenen in Ungarn lebhaften Völkern mit Gewalt Magyaren machen wollen, opponieren von jeher die zahlreichen Kroaten am lebhaftesten. Seit einigen Tagen veranstalteten in Agram Studenten antiungarische Kundgebungen. Auch Freitag durchzogen sie Abends die Straßen, wobei sie einzelne deutschsprechende Passanten belästigten. Die Kundgebungen nahmen in den späten Abendstunden einen bedrohlichen Charakter an, als die Volkshäuser die Gaslaternen auslöschten und an mehreren Orten die Fenster scheiben einschlugen. Herbeigerufene Gensdarmen und Militär stellten die Ruhe wieder her und verhinderten weitere Ansammlungen.

Holland.

Der Belagerungszustand in Bermanenz. Die Regierung hat sich nunmehr thatsächlich entschlossen, die Milizen der Jahresklassen 1900 und 1901 weiter — „so lange wir das für rathsam halten“ — unter den Fahnen zu behalten. Um die steigende Unzufriedenheit der Milizen zu beschränken, verlegt sie Truppentheile aus größeren Städten in kleinere Garnisonen. Wie weit die Unzufriedenheit unter dem Militär und besonders unter den Milizen um sich greift, geht aus Mittheilungen aus Bergen op Zoom hervor, denen zufolge vorletzten Sonntagmorgen ein Theil der dortigen Garnison, ungefähr fünfhundert Mannschaften, in dem benachbarten Walde nach mündlicher Abmachung eine Versammlung hielt. Posten waren ausgestellt zur Vermeidung von Ueberrumpelung und die ganze Sache, von der Niemand außer den Theilnehmern eine Ahnung hatte, kam den Offizieren erst zur Kenntniß, weil zwei Feldwebel zufällig im Walde spazieren gingen und dort auf die von ihren Posten benachrichtigte große Anzahl Soldaten stieß. Montag kamen die Militärsoldaten wieder auf dem Marktplatz zusammen, worunter auch Unteroffiziere der Miliz; sie gingen mit den Händen in den Taschen an ihren Offizieren vorbei. Dieses kann man übrigens auch in den Straßen Amsterdams täglich bemerken.

Italien.

Die russische Polizei-Internationale. Der Freiherr v. Rüdiger hat im deutschen Reichstage, als über die niederrückliche unter der Form der Ausweisung erfolgte Auslieferung des Russen Kalajew verhandelt worden, mit chynischem Gleichmuth zugestanden, daß Rußland in Deutschland und anderswo Polizeistationen unterhält und bei seiner Verfolgung der Revolutionäre überall hilfreich gefördert wird. Es ist nach den Erklärungen des deutschen Staatssekretärs auch zweifellos, daß zwischen Rußland, Deutschland und anderen Mächten geheime Abmachungen bestehen, die unter der Maske der Bekämpfung des Anarchismus begründet, Väterchen in seiner Menschenjagd auf die russischen Empörer die notwendigen Treiber zu stellen. Nach Deutschland kommt jetzt Italien in die Lage, zu beweisen, ob es auch nur ein Waffallenstaat des Zarismus ist, der sich herbeiläßt, schmutzige Scherzgedienste wider die Befreiung des russischen Volkes auf Geheiß seiner Peiniger zu leisten. Wir berichteten bereits von der Verhaftung des russischen Studenten Goez in Italien. Man beschuldigte ihn der Mithuld an der Ermordung Sipjagin's und erklärte ihn für einen Anarchisten, obwohl es in Rußland gar keine Anarchisten giebt. Es sollen auch bei ihm Papiere beschlagnahmt worden sein, die mehrere russische Familien kompromittieren könnten. Gegenüber den russischen Spionen, die die Auslieferung Goez's unter dem Vorgeben, er sei ein Anarchist, betreiben, können wir authentisch feststellen, daß Goez niemals mit dem Anarchismus etwas zu thun gehabt; er ist stets Sozialist gewesen. Seine Auslieferung wäre gleichbedeutend mit einem Justizmord: ihn erwartet in Rußland mindestens lebenslänglicher Kerker in Schlüsselburg. Er hatte bereits wegen seiner politischen Thätigkeit in den 80 er Jahren des vorigen Jahrhunderts etwa zehn Jahre Katorga (Zwangsarbeit, Zuchthaus) überstanden. In Neapel befand er sich auf einer Erholungsreise mit seinem aus Rußland zugereisten alten Vater, einem ganz „legalen“ russischen „Unterthanen“. Natürlich verlangt die russische Regierung die Auslieferung der „Anarchisten“ Goez. Sie läßt auch durch ihre Organe gruselig machen. So meldet der italienische Blatt „Secolo“, daß die Verhaftungen in Neapel im Zusammenhang stehen mit einem Komplott gegen das Leben des Zaren. Anlässlich des Zarenbesuchs in Rom sollte ein Attentat auf den Zaren ausgeführt werden. Die alte Geschichte! Hoffentlich giebt Italien sich nicht zu Scherzgediensten der „Macht der Finsterniß“ her.

Sonnabend gelangte die Interpellation unserer Genossen in der Kammer zur Verathung. Unterstaatssekretär des Innern Ronchetti und Minister Giolitti beantworteten dieselbe. Beide vertheidigten das Vorgehen der Polizei und erklärten, daß Goez der Theilnahme an der Ermordung Sipjagin's beschuldigt sei. Die Regierung habe G. ausweisen wollen, aber Rußland verlange die Auslieferung. Ueber diesen Antrag hätten die Gerichte zu entscheiden. Sollte das Verbrechen, dessen Goez beschuldigt wird, politischen Charakters sein, werde die Auslieferung nicht stattfinden. — Wir glauben leider nicht daran, daß Italien Rußland's Aufforderung nicht erfüllen und sich nicht zu Hinterrückdiensten hergeben sollte.

Marokko.

Von den Wirren. Nach Nachrichten, die von der marokkanischen Grenze in Oran eingegangen sind, erhielt der einjährige Führer des Aufstandes von 1875 Bu-Amama von dem Präsidentsen Bu-Samara ein Schreiben, durch welches ersterer zum Scheich von Fijig und der ganzen marokkanischen Sahara ernannt und aufgefordert wird, die Waffen zu ergreifen, sich mit ihm zu vereinigen und sich gegen die Freunde der Franzosen zu erheben. — Eine Karawane von 60 mit Silber beladenen Maulthieren, die am Mittwoch von Tanger nach Maghazun abgegangen war, ist bei Dindallia von einer Räuberbande angegriffen worden. Auf diese Nachricht hin wurden noch in der Nacht 300 Soldaten

mit zwei Gebirgsgepöckeln nach dem Ort des Ueberfalls abgeschickt.

Philippinen.

Auf den Philippinen dauert der Krieg zwischen „Befreiten“ und „Befreieren“ fort. Am Donnerstag erfuhr man zwei Kompanien amerikanischer Aufklärungstruppen einen 50 englische Meilen südlich von Manila gelegenen, von den Filipinos besetzten Hügel. Der Kampf dauerte zwanzig Stunden, und seine Entscheidung war längere Zeit zweifelhaft, bis es schließlich den Amerikanern gelang, die Filipinos in die Ebene zu treiben. Von den letzteren fielen 45 Mann, unter ihnen ein mit einer bunten Phantasi-Uniform bekleideter Offizier, in welchem man den General San Miguel, einen hervorragenden Führer der Aufständischen vermutet. Auf Seiten der Amerikaner wurden 3 Mann getödtet und 11 verwundet. Nach einer neueren Meldung befiel sich der Tod Miguels.

Vereinigte Staaten.

Eine abgelehnte Liebenswürdigkeit! Reuters Bureau meldet aus Washington: Kaiser Wilhelm hatte dem Präsidenten Roosevelt mittheilen lassen, daß das atlantische Geschwader der Vereinigten Staaten auf dessen beabsichtigter Fahrt nach Europa auch in Kiel willkommen sei. Infolge der Abänderung des Reiseplans für das Geschwader hat sich Präsident Roosevelt gezwungen gesehen, die Einladung abzulehnen unter dem Hinweis, daß das Geschwader keinen Hafen des europäischen Festlandes anlaufen werde. Vom Marine-departement in Washington ist bekannt gegeben worden, daß die Reise des Nordatlantischen Geschwaders sich nicht über die Azoren hinaus erstrecken werde. Diese Bekanntmachung hat den Zweck, keine europäische Macht zu verletzen. — Der Koch ist unangenehm! Auch bei dieser Gelegenheit hat Roosevelt wieder bewiesen, daß er keine Sympathie für Preußen-Deutschland hat.

Über und Nachbargebiete.

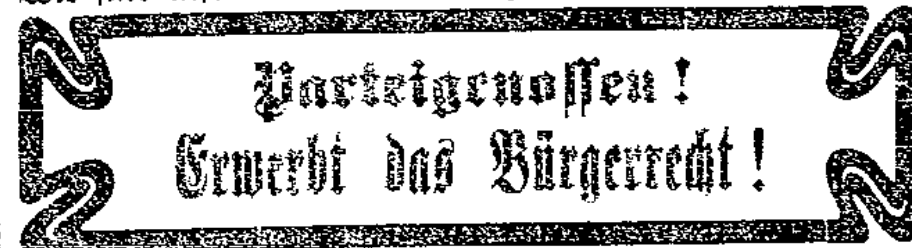
Sonnabend, den 30. März 1903.

Das Auszahlen der Akkordlöhne in Wirthschaften ist hier leider noch sehr an der Tagesordnung. Der Arbeiter nimmt das Geld im Kontor in Empfang und zahlt es dann in einer Wirthschaft aus. Dieses Verfahren ist auf das Entschiedenste zu verurtheilen. Die Arbeiter halten sich in diesen Fällen, um nicht vom Wirth schief angesehen zu werden, für verpflichtet, dort etwas zu verzehren, von ihrem fargen Verdienst gewissermaßen noch einen Obulus an den Wirth zu entrichten. Hier könnte von Seiten der Arbeitgeber insofern Abhilfe geschaffen werden, als sie sämtlichen Arbeitern den Lohn im Kontor auszahlen. Hoffentlich tragen diese Zeiten mit zur Abstellung des gerügten Mißstandes bei.

516 neue Wähler sind im Monat März dem Senate vereidigt worden. Eine beträchtliche Anzahl!

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Die Beiträge für das Arbeitersekretariat und das Gewerkschaftskassier sind am Mittwoch, Donnerstag und Freitag, Abends von 8 bis 9 Uhr, im Vereinshaus, Zimmer Nr. 7, an den Kassierer einzuzahlen.

Die Fahrt des Torpedobootes „S 62“ durch den Elbe-Fluss-Kanal ist doch nicht so glimpflich abgegangen, wie die bürgerlichen Blätter berichteten. Während der Fahrt hat das Fahrzeug wiederholt auf Grund gestoßen und dadurch die Schraube verbogen. Die Verletzung mußte den im Hintertheil des Schiffes liegenden Ballast nach vorn transportieren, damit das Schiff hinten höher aus dem Wasser kam. Trotzdem hat es doch noch mehrschach gestoßen. Ob das Torpedoboot auch Schaden im Boden erlitten hat, muß erst festgestellt werden. Die Torpedoboots von der Konstruktion des „S 62“ müssen mindestens 3 1/2 Meter Wasser haben, sonst können sie derartige Ränke nicht passieren, und der Elbe-Fluss-Kanal ist für derartig tiefliegende Fahrzeuge nicht tief genug angelegt. Wir sind also wieder um eine Hoffnung ärmer!



Gebührentarif für Stellenvermittler der Schiffsleute. Auf Grund des § 4 des am 1. April 1903 in Kraft tretenden Reichsgesetzes vom 2. Juni 1902, betreffend die Stellenvermittlung für Schiffsleute, sowie der dazu erlassenen Ausführungsverordnung des Senates vom 14. März 1903 bestimmt das Polizeiamt, was folgt: Für die Stellenvermittlung von Schiffsleuten haben die Stellenvermittler ihre Gebühren nach nachstehender Lage zu erheben: 1. Für Jungen (Schiffs- und Kochjungen) und diesen gleich zu erachtende Personen, sowie für Aufwäscher bis zu Mk. 2.—. 2. Für Leichtmatrosen (Halbmann, Jungmann) und Kochsleute bis zu Mk. 3.—. 3. Für Vollmatrosen, Besilente, Quartiermeister, Stewards, Stewardessen, Bantroleute, Heizer, Schmirer, Trimmer, Segelmacher, Rezmacher, zweite Bäder und alle übrigen nicht besonders aufgeführten Schiffsleute bis zu 4 Mark. 4. für Bootsleute, Köche Zimmerleute, Oberheizer, Maschinenassistenten, Bäder, Konditoren, Schlachter, Klempner, Schmiede, Tischler bis zu 6 Mark. 5. Für Maschinenisten 3. und 4. Klasse, zweite und dritte Steuerleute, Oberstewards bis zu 10 Mark. 6. Für Maschinenisten 2. Klasse, erste Steuerleute, Proviantmeister, Verwalter bis zu 12 Mark. 7. Für Maschinenisten 1. Klasse bis zu 18 Mark. Wird dem Schiffsmann nach Beendigung einer Reise und im unmittelbaren Anschluß an dieselbe die Inhaberung auf demselben Schiffe vermittelt, so ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte der unter 1—7 festgesetzten Beträge. Die Gebühr ist von dem Heber und dem Schiffsmann je zur Hälfte zu zahlen: eine entgegenstehende Vereinbarung zu Ungunsten des Schiffsmannes ist nichtig.

Die Feuerwehrt wurde Sonnabend Vormittag nach dem Haupte Hundestraße 44 gerufen, wo eine Petroleummaschine explodiert war. Dieselbe konnte aber sofort, ohne in Thätigkeit zu treten, wieder abräumen. Ein bedeutender Schaden ist durch die Explosion nicht entstanden.

Die zur Beförderung von Personen mit ansteckenden Krankheiten bestimmten Wagen befinden sich nach einer Bekanntmachung des Polizeiamts jetzt bei dem Fuhrwerksbesitzer Otto Longuet, Dankwartstraße Nr. 18.

ph. Selbstmord. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr wurde an dem Fußwege, der kurz vor der Herrenfähre nach Gohthum führt, die Leiche eines Barbiers aus Lübeck, der sich in selbstmörderischer Absicht mittels eines Revolvers erschossen hatte, gefunden. Was den in geregelten Ver-

hältnissen lebenden Mann in den Tod getrieben hat, war nicht festzustellen.

ph. Festgenommen wurde ein Maurergeselle aus Diesdorf, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Güstrow wegen schwerer Körperverletzung fledderlich verfolgt wird.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Hamburger Bürgererschaft beschloß Sonnabend im laufenden Jahre nur 6 1/2 Einheiten gegen 7 im Vorjahre zu erheben. — Der Stadtbauinspektor Schmidt in Wandsbek hat sich, angeblich in geistiger Umnachtung, erschossen. — Die Lederfabrik der Gebr. Böhme in Wülfer ist total niedergebrannt. Etwa 300 Arbeiter sind für den Augenblick brodlös geworden. — Das Schwurgericht in Gütrow verurtheilte den Schuhmachermeister Witt aus Blau, der beschuldigt war, am 23. Februar sein in Blau belegenes Wohnhaus vorfänglich in Brand gesteckt zu haben, zu drei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. — Ein schwerer Unglücksfall mit tödtlichem Ausgange ereignete sich auf dem Kaltwerre Jersnitz bei Lütken. Beim Niederfallen eines leeren Bassins konnten die beiden dabei beschäftigten Arbeiter dasselbe nicht halten; der Arbeiter Bod überhörte den Zuruf seines Mitarbeiters, der ihn aufforderte, beiseite zu springen, und so wurde B. durch das Bassin auf den Unterleib getroffen und so schwer verletzt, daß er infolge innerer Verblutung verstarb, nachdem er noch im Krankenwagen hierher transportirt war. — In Dudenbüttel bei Stade brannten 7 Gebäude nieder. — Der Arbeiter Homfeld aus Nethorn, der auf dem Deichshäuser Deiche ein Sittlichkeitsverbrechen an der betrunkenen Fabrikarbeiterin Leche beging, worauf Letztere dann in ihren Kleidern verbrannte und den Tod fand, wurde vom Schwurgericht Oldenburg zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt.

Die Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter vor dem Reichsgericht. Ungeheures Aufsehen erregte im Juli 1900 die Entlassung fast sämtlicher Werftarbeiter in Hamburg von Seiten aller Werftbesitzer dortselbst. Veranlassung war ein auf der Reihertieg-Werft ausgebrochener Streik von ca. 100 Metern; die Versuche, diesen Streik beizulegen, waren gescheitert. Ueber zwei Monate hat dieser Stillstand im Betriebe aller Schiffswerften in Hamburg angehalten. Gegen die Hamburg Amerikanische Packfahrt-Aktien-Gesellschaft und die Firma Blohm u. Voß in Hamburg hatten nun 11 Arbeiter, wovon 7 bei der letztgenannten Firma und 4 bei der Hamburg-Amerika-Linie als Werftarbeiter thätig gewesen waren, eine Schadenersatzklage angehängt, mit der Begründung, daß jene Entlassung zu Unrecht geschehen sei und ihnen (den Klägern) dadurch für längere Zeit jede Arbeitsgelegenheit in ihrem Fach genommen war; in dieser Handlungsweise sei ein Verstoß gegen § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erblicken, worauf sich die Entschädigungsansprüche stützen. Die Kläger hätten keinen Einfluß auf jenen Streik ausgeübt, es habe vielmehr die Ortsstelle Hamburg des „Verbandes deutscher Metallarbeiter“, welchem auch die Kläger als Mitglieder angehören, vom Streik abgerathen. Das Landgericht Hamburg hatte die Klage abgewiesen, und auch die beim Oberlandesgericht eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg. Nunmehr legten die Kläger Revision beim Reichsgericht ein, wo aber Donnerstag vom 6. Zivil-Senat des höchsten Gerichtshofes die Revision kostenpflichtig zurückgewiesen wurde, indem das angefochtene Urteil keinen Rechtsirrtum erkennen ließ. Nachdem Landgericht und Oberlandesgericht die Arbeiter mit ihrer Klage abgewiesen hatten, war die Verwerfung der Revision voranzuführen. Die Unternehmer können mit den Arbeitern machen, was sie wollen!

Altona. Im Primusprozeß wurden beide Angeklagte Sachs und Wahlen, wie auch der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer beantragt hatte, freigesprochen. In den Urtheilsgründen heißt es, daß der Angeklagte Wahlen schon deshalb freizusprechen sei, weil er nur die Kommandos des Kapitäns auszuführen hatte. Eine Verurteilung des Kapitäns Sachs hätte nur erfolgen können, wenn die Schiffe grün zu grün gelegen hätten und kein Badbordbruder nach der Kaiserl. Verordnung fehlerhaft gewesen sei. Die Mandober vor der Kollision seien, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, völlig korrekt gewesen. Eine Verpflichtung ihre Fahrgehindigkeit zu mindern habe die „Ganja“ nicht gehabt. Demnach treffe auch den Kapitäns Sachs keine Schuld und beide Angeklagten seien freizusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Die Frage, ob irgend einen Andern die Schuld treffe, die Kollision herbeigeführt zu haben, unterliege nicht der Entscheidung des Gerichts.

Bremehaven. Schärmancher methode. Siebenzehn Jahre war er beschäftigt bei der Ladungsarbeit des Herrn Hirsch, der Arbeiter Eilert J., nie hatte er sich etwas zu schulden kommen lassen, im Gegentheil stets nach besten Kräften seine Arbeit verrichtet und oftmals mehr das Interesse der Firma vertreten, als es vielleicht notwendig gewesen wäre. Freitag Vormittag that er bei Abgabe seines Verbandsbuches weiter nichts, als daß er fragte, weshalb denn diese Maßnahme erfolge und — sofort wurde ihm bedeutet, daß man seiner nicht mehr bedürfe, er sei entlassen. Wir enthalten uns jeden Kommentars zu diesem Vorfall, in seinen nackten Thatfachen spricht er ganze Bände. — Der bei der Firma J. H. Hirsch beschäftigt gewesene Arbeiter Frummel, der wegen eines Wortwechsels mit dem Vorkmann entlassen wurde, was dann den Anlaß zu den bekannten Differenzen gab, wurde vom Schöffengericht zu 60 Mark Geldstrafe event. 12 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Lübecker Stadttheater.

Don Juan, Oper in 2 Akten von Mozart. Es ist gut, daß Mozart vor mehr als 100 Jahren gelebt hat, denn sonst wären wir wohl nicht in die Lage gekommen, sein bestes Werk, den „Don Juan“, hören zu können. Der Zensor würde im Interesse der öffentlichen Moral und Sittlichkeit, die sicher mehr als durch die harmlosen Sachen wie das „Thal des Lebens“ von Dreyer und Paul Henckes „Maria von Magdala“, durch Mozarts Meisterwerk „gefördert“ wird, letzteres gewiß vor seinem öffentlichen Erscheinen mit seinem Verbot belegt haben. Mozarts „Don Juan“ ist seiner Schönheit und seinem Gehalt nach ungefähr mit Goethes „Faust“ zu vergleichen. Die Naturen dieser beiden Helden wollen verstanden sein; wenn man in den tieferen Gehalt dieser Dichtungen eindringen will, die Mühe giebt, dann muß man versuchen, dem inneren Triebe der Handlungen nachzuspüren. Die diesjährige Aufführung von „Don Juan“ verdanken wir wohl in erster Linie Herrn Frank, der dieselbe zu seinem Benefiz erwählt hatte. Der Künstler, dem wir so manche vorzügliche Leistung verdanken, hatte sich ein Einbringen in den Charakter Don Juans vor Allem angelegen sein lassen, und schuf so eine Gestalt, deren Wesen man mit Inter-

Beste Nachrichten.

esse folgen mußte. Der leichtlebige Cavalier, dem alle Frauenherzen zufliegen, wird gewiß von d'Andrade mit mehr Beweglichkeit und Sprit als von Frank gegeben, immerhin war seine von Fleiß und Verständnis getragene Wiedergabe der Titelpartie in hohem Grade anerkenntnismüth. Das sehr gut besuchte Haus lohnte das ernste Streben des Künstlers durch lebhaften Beifall. Die Ausführung im Ganzen konnte keinen ungetrübten Genuß bereiten, weil die Donna Anna durch Fel. von Müllheim aus Bemberg unzureichend besetzt war. Im Nebenbieten boten die Herren Malten (Ottavio), Uringard (Reporella), Scholz (Pontur), sowie namentlich die Damen Holms (Berline) und Verzog (Eliora) tüchtige Darbietungen. Ihnen, sowie dem Herrn Kapellmeister Trummer, der das grandiose Werk einstudirt hatte und der selbst die Negitative am Klavier begleitete, gebührt der Hauptantheil an dem Erfolg.

Am Sonntag Abend ging zum ersten Mal „Der blinde Passagier“ in Szene, der bestimmt ist, das erfolgreichste „Alt-Heidelberg“ als ständiges Repertoirestück abzulösen. Das Lustspiel ist an sich höchst dürftig, aber die einfach großartige Ausstattung, die flotte Aufführung macht trotzdem einen Besuch lohnend. Für diejenigen, die es wissen wollen, sei noch mitgeteilt, daß der „blinde Passagier“, der sich in das Schiff und in alle Herzen einschleicht, Amor heißt.

Elbing. Gingerichtet wurde der im Oktober vor. Jahres vom Schwurgericht wegen Anstiftung zum Mord der Eigenthümerin Reimer zum Tode verurtheilte Pfarrhufen-Pächter Michael Kaminski aus Conradswalde.

Gnesen. Wieder Einer. Die Strafkammer verurtheilte den Kaufmann Stark aus Mogilno, Inhaber der in Konturs gerathenen polnischen Parzellirungsbank, wegen Betruges und Wechseltäuschung zu sechs Jahren Gefängniß und 1500 Mk. Geldstrafe.

König. Wegen Verbrechens im Amte verurtheilte das Schwurgericht den Oberpostpraktikanten Karl Bodtke zu zwei Jahren Gefängniß. Er hat in 4 Monaten 3061 Mk. unterschlagen und die Register gefälscht.

Berlin. Im Rothe-Prozesse wurde Sonnabend die Beweisaufnahme beendet. Der Staatsanwalt beantragte 2 1/2 Jahre Gefängniß unter Anrechnung von sechs Monaten auf die Untersuchungshaft und 500 Mk. Geldstrafe. Die Angeklagte wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilt, wovon 8 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden.

Berlin. Nach Unterschlagungen in Höhe von 20000 Mk. stellte sich der Kaufmann Spiesede

aus Magdeburg bei Werder a. S. dem Potsdamer Gericht. Die Unterschlagungen gehen mehrere Jahre zurück. **Kassel.** Die Liebestragödie an der Fulda. Der Unteroffizier Degen, der unter der Beschuldigung seine Geliebte in's Wasser gestochen zu haben, wegen Mordversuchs vor dem Kriegsgericht stand, freigesprochen und zum zweiten Male verhaftet wurde, ist Sonnabend in erneuter Verhandlung wiederum freigesprochen worden. Die Aussagen seiner Geliebten wurden vom Gericht für unglaubwürdig erklärt. Der Vertreter der Anklage hatte gegen Degen 6 Jahre Zuchthaus beantragt.

Frier. Fünf Arbeiter erstickt. In dem Gaswerke erstickten in Folge Rohrbruches fünf Arbeiter. Drei andere, die auch in Lebensgefahr waren, konnten wieder befreit werden.

Bräun. Die Ortschaft Jabunka ist theilweise niedergebrannt; über 60 Wohnhäuser mit den dazu gehörigen Wirtschaftsgebäuden und die reformirt Kirche sind ein Raub der Flammen geworden. Das Elend ist sehr groß.

Tananarivo. Ein heftiger Wirbelsturm verweht mehrere am Meere gelegene Städte. Der auf Madagaskar angerichtete Schaden ist erheblich. Menschen sind nicht ungetroffen.

Am 29. März, Morgens 1 1/2 Uhr, entschlief ruhig unsere liebe süße Frida im Alter von 10 Monaten. **Heinr. Tiedemann u. Frau** Ravensbüch

Am 28. März starb unsere süße liebe Mami im Alter von 1 Jahr 2 Monaten 28 Tagen. Tief betrauert von **F. Nothmann, Frau und Geschwister.**

Ein gut möblirtes Zimmer ist mit oder ohne Pension billig zu vermieten. **Wiedestraße 42, 1**

Ein gutes Logis die Woche 2 Mark mit Kaffee **Süßstraße 27, 1.**

Zu vermieten ein hübsches möblirt. Zimmer für anständigen jungen Mann **Südenstraße 36.**

Zu vermieten zum 1. Juli eine Dreistubenwohnung mit allem Zubehör. Näh. **Chajotstraße 2a, Kurgthor.**

Zu vermieten ein freundliches Logis für 1 oder 2 junge Leute **Kupferstrichstraße 13 b. d. Beckergr.**

Gesucht ein ordentl. Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren **Näheres Marktstraße 52 a.**

Gesucht ein Mädchen welches Oftern die Schule verläßt und außer dem Hause schlät **Reiferstraße 12**

Gesucht ein Laufmädchen für ca. 2 Stunden Nachmittags **Moltstraße 19, bart**

Eine alleinlebende Frau wünscht Beschäftigung im Restaurant zum Abwaschen u. Oftern u. A. B. an die Exp. d. Bl. **Waldstraße 11.**

Junge Frau sucht Beschäftigung in den Abendstunden im Reinmachen **Zu erfragen Glödenstraße 24, 1. Et., Bl.**

Gesucht zu sofort ein Hausknecht bei gutem Lohn **Gr. Burgstraße 11.**

Ein älterer Arbeiter sucht leichte Beschäftigung gegen geringe Vergütung **Glödenstraße 77, 7.**

2 bis 3 Maler gesucht **R. Niese & C. Hardekopf, Marktstraße 41.**

Zu kaufen gesucht 1 Fuder Dung **Exp. u. H. K. 2 an die Exp. d. Bl.**

Zwei kleine Häuser sind billig zu verkaufen **Näh. Clemenstraße 1a.**

Brateler weiße Italiener, erste Preisstiere, Fed. 3 Bl. **J. H. C. Wittfoth, Neugäß. 24.**

Ein guterhaltener Kinderwagen und ein Sophatisch billig zu verkaufen. **Sachsenbör. 7.**

Billig zu verkaufen 1 fast neues Kofferwand-Jackett **Armenstr. 13.**

1 neue Kommode u. 1 Kinderwagen zu verkaufen. **Handstr. 88, 1. Et.**

Ein guter schwarzer Sommerpaletot und ein Damenkleid für wärmere Zeiten zu verkaufen. **Glödenstraße 99, 1. Et.**

Zu verk. 1 Paar Spangenschuhe. **Spang. 49, für 2,50 Mk.**

Zu verkaufen eine gute Scheiden-Schiebkarre. **Waldstraße 94**

Großer Schloßkoth, 5 Bl., zu verkaufen. **Waldstraße 76, 1. Et.**

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt d. d. 2000 Mk. u. h. d. d. d. Es wird bel. geb., daß geg. H. bel. abgegeben. **Engelstraße 145.**

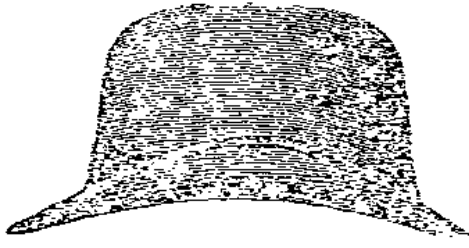
Reise- sowie Grabkränze werden gut und billig angefertigt, daselbst Gartenpflanzen jeglicher Art **Schloßstr. 36 und Dannebergstraße 36.**

Bekanntmachung.

Dem verehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebensste Mittheilung, daß wir Unterzeichneten gezwungen sind, durch Erhöhung der Arbeitslöhne und durch fortwährende Steigerung der Lederpreise um 10—20 Prozent unsere Preise vom 1. April 1903 um 10 Prozent zu erhöhen.

Die Vereinigung der Lübecker Besohl-Anstalten.

- | | |
|---|---|
| Aug. Berg, Gr. Burgstraße 3. | A. Löffler, Hüterdamm 10. |
| Joh. Dettmann, Königstraße 24. | R. Kroll, Brodesstraße 9. |
| J. Kalkhorst, Warendorpsstraße 20. | S. Schühmann, Fünshausen 28. |
| S. Jaasch, Gr. Gröpelstraße 27. | C. Hardehoff, Schützenstraße 41. |
| S. Beckmann, Reiferstraße 4a. | C. Dreifers, Glandorpsstraße 4. |
| W. Jönsson, Kupferstrichstraße 26. | Ed. Junk, Pfaffenstraße 4. |
| D. Henning, Sadowaststraße 34. | W. Gintz, Schlumacherstraße 4. |
| K. Garb, Georgstraße 15 a. | F. Baack & Cremin, Georgstr. 32. |
| D. Sand, Hüßstraße 59. | Aug. Oppermann, Emilienstr. 6. |
| S. Fehlaner, Engelsgrube 65. | |



Konfirmanden-Hüte

Herren- und Knaben-Hüte, Cylinder, Mützen und Radfahrer-Mützen

in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen empfiehlt **Johs. Tralow, Wahnstraße 11.**

Achtung Holzarbeiter!

Extra-

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 31. März 1903

Abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50—52.

Tages-Ordnung:

Zu wie weit sind unsere Forderungen von den einzelnen Arbeitgebern anerkannt?

Ehrenpflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lokalverwaltung.

Neueste Lübeckische Gesangbücher

in verschiedenen Preislagen

empfehlen

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Unsere Holzporture nehmen ebenfalls Bestellungen an.

Für Brantleute!

Garantiren Sofas, Kofz- und Kofferstücke, Bettstellen, Kleider- und Bekleidungsstücke, Bettstellen mit Polsteren, Sofastücke, große Auswahl Kommoden, Küchenschänke etc., alles enorm billig nur allein in **Aug. Heinicke's Möbelgeschäft, Beckerstraße 20**

Brantkränze werden preiswerth gefertigt von **E. du Bois, Paus-Geschäft, Weislinger Allee 16.**

Damen, welche ihre Niederkunft erw. sind, sind bel. geb., daß geg. H. bel. abgegeben. **Exp. d. Bl.**

Langs Frühstücken **Marktstraße 86 (Loben)**

Ein Konfirmandenbuch am Sonnabend vor dem Osterfesten zu verkaufen. Der Käufer wird gebeten, daselbst in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Robert Schmidt, Schuhmacher wohnt jetzt **Geversdammstraße 56.**

Heinr. Menz Schneider sonst **Hüßstraße 80** wohnt jetzt **Schlumacherstraße 6.**

Magdeburg. Sauerkohl bei **Gustav Thomsen, Marktstr. 44.**

Reisende Sachen in künstl. Blumen liefert **Emma Prilop, Schlumacherstraße 11.**



Ihren reinigen . 1,50
Federn einsetzen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüßstraße 42

Eingerahmte Bilder

in jeder Freisize von den billigsten bis zu den feinsten Stahlstichen, hochmoderne Einrahmung **H. Gröper, Mengstr. 18.**

Geruchlose Hölzer

für **Badet** **1,50 Mk.** **empfehlen** **Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

G. V.

Morgen Dienstag, Abds. 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule

Lübeck.

Am Mittwoch den 1. April 1903 und darauf jeden folgenden Mittwoch:

Nationalökonomie

verbunden mit **Redeübung**

Abends 8 1/2 Uhr **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**

Eintritt 30 Pfg. Monatsbeitrag 30 Pfg. **Der Vorstand.**

Achtung Klempner.

Ver Sammlung

am Mittwoch den 1. April

Abends 8 1/2 Uhr bei Herrn **Eggers, Stavenstraße.**

Tages-Ordnung: 1. Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.**

Panorama

(Sitzale Berlin, Passage) **Breitestrasse 53, 1. Ekt.** Diese Woche interessante Wanderung d. **Rom.**

Stadt-Theater

Dienstag den 31. März, 7 1/2 Uhr. **Der blinde Passagier.** Lustspiel in 3 Akten von **Blumenthal u. Kadelburg.** Mittwoch: dieselbe Vorstellung. Donnerstag: **Der Prophet** (Vortheilabend Vortells).

Die Kranken-Versicherungsnovelle in der Reichstags-Kommission.

Am Donnerstag v. M. wurde die erste Lesung der Novelle in der Kommission beendet. Es wurden die noch ausstehenden Vorschläge der Regierungsvorlage unverändert angenommen, dagegen alle anderen Anträge, darunter auch die sozialdemokratischen und die die Ärzte- und Apothekerfragen betreffende, abgelehnt. Nach der nun angenommenen Regierungsvorlage wird im Paragraph 47 der Maximalsatz, bis zu dem die Beiträge erhöht werden dürfen, um die Schließung einer Ortskrankenkasse durch die Behörde wegen ungenügender Leistungsfähigkeit zu vermeiden, von 3 auf 4 pCt. desjenigen Betrages, nach dem die Unterstufungen zu bemessen sind, erhöht. Im § 56 werden die Vorschriften über Uebertragung, Verpfändung und Pfändung der Unterstützungsansprüche nach den praktischen Bedürfnissen der Arbeiterversicherung, wie früher schon im Invalidengesetz und bei der Unfallversicherung ausgestaltet. Die §§ 57 und 57 a werden so geändert, daß dem Erkrankten in den Fällen, wo die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes nur ein unzureichender Ersatz der aufgewendeten Leistungen (Arzt, Arznei, Heilmittel) ist, die nachweislich höheren Aufwendungen zu erstatten sind. Im § 65 werden die Höchstätze der Beiträge auch für die Betriebskrankenkassen auf 4 Prozent hinaufgesetzt. Der § 74 schließlich betrifft die Knappschaftskassen und regelt für sie die Zulässigkeit der Uebertragung, Verpfändung, Pfändung und Aufrechnung der Kassenleistungen nach denselben Grundsätzen, wie für die Krankenkassen. Zur Arzt- und Apothekerfrage waren von drei Seiten Anträge gestellt. Der freikonservative Abg. Gamp verlangte, daß die Verträge über die Annahme und die Entlohnung von Ärzten sowie die Lieferung von Medikamenten der Zustimmung der Arbeitgeber bedürfen solle. Sein Antrag wurde von seiner Seite befürwortet und wurde einstimmig abgelehnt. (Herr Gamp war unterdessen verschwunden.) Nicht viel besser erging es einem Antrag des freisinnigen Abg. Hofmann-Hall. Hofmanns Antrag verlangte einen neuen dahingehenden Paragraphen: „Die Behandlung von erkrankten Mitgliedern darf nur durch die in den deutschen Bundesstaaten approbierten Ärzte stattfinden, welche auch allein berechtigt sind, die Erwerbsunfähigkeit eines Mitglieds zu bezugehen. Staat des zur Zeit noch sehr verbreiteten Zwangsarztsystems ist die freie Arztwahl einzuführen (im Sinne der Beschlüsse des Arztetoges in Berlin, 7. März 1903). Der Abschluß über Honorierung der Ärzte erfolgt an größeren Orten in der Regel durch gemeinschaftlichen Vertrag zwischen der ärztlichen Einigungskommission und den Kassenbeamten. Als Grundlage für ärztliche Entlohnung sind im allgemeinen als Minimalhöhe die Eisenacher Toren anzuerkennen. Personen mit über 2000 Mk. Gesamteinkommen dürfen nicht Kassenmitglieder sein.“ Dieser technisch und inhaltlich einzig dastehende „freisinniger“ Versuch einer Beschränkung der Selbstverwaltung und Beschränkung einer Krankenversicherung wurde von Köfide Dillenburg, Hofmann-Dillenburg, Stadthagen, Zubeil und einigen Regierungsvertretern beantragt und ebenfalls einstimmig abgelehnt. Der nationalliberale Abg. Hofmann (Dillenburg) hatte folgenden Antrag eingebracht: „Verträge der Krankenkassen und Krankenkassenverbände, sowie Verträge auf ausschließliche Lieferung von Arzneimitteln und anderen Bedürfnissen der Krankenpflege bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Die Genehmigung darf unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Krankenkasse oder des Verbandes nur versagt werden, wenn die Verträge die Befürchtung einer nicht sachgemäßen Behandlung der Krankenkassenmitglieder begründen. Vor der Verfassung sind der Vorstand der Krankenkasse oder des Verbandes und Vertreter der Ärzte oder Apotheker aus dem Bezirk der Krankenkasse oder des Verbandes zu hören. Der Bescheid ist mit schriftlichen Gründen zu versehen.“ Die

Abgg. Köfide, Stadthagen, Zubeil wendeten sich dagegen, daß man die Arztfrage bei Gelegenheit dieser Novelle regeln wolle. Das Krankenversicherungs-Gesetz sei kein Gesetz zur Regelung der finanziellen Verhältnisse der Ärzte. Richtiger als die Behauptung, die Krankenversicherung verschulde eine Notlage von Ärzten sei die: der Mangel einer allgemeinen Versicherung sei hieran schuld. Wie es im Interesse der Allgemeinheit ärztliche Hilfe zu haben, so sei es auch Sache der Allgemeinheit, des Reichs, für hinreichend besoldete Ärzte durch Verstaatlichung des Arztwesens zu sorgen. Die Kosten sollten der Staatskasse zufallen. Staatssekretär v. Posadowsky warnt vor der Bepackung der Novelle mit dieser Frage. Auch der württembergische Regierungsvertreter Präsident v. Schicker legt dar, daß die vorgeschlagenen Wege weder den Ärzten noch den Kassen helfen würden. Abg. Endemann ist der Ansicht, die Sache sei noch nicht spruchreif. Der ultramontane Abgeordnete Trimborn hofft, daß ein Einigungsamt sich erhitte lasse, um beiden Interessen zu genügen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Hofmann-Dillenburg gegen seine Stimme abgelehnt. Gegen drei Stimmen abgelehnt wird ferner ein von unseren Genossen gestellter und begründeter Antrag, die Dauer der Krankenunterstützung auch für die Seelente von 13 auf 26 Wochen zu verlängern. Nachdem die Zentrumsabgeordneten den Antrag Spahn (Ausdehnung der Versicherung auf 26 Wochen auch für die fakultative Versicherung der Landarbeiter) hatten fallen lassen, gelangte eine Reihe Resolutionen zur Abstimmung. Ein Antrag Köfide auf Ausdehnung der Versicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, das Gesinde, die Handlungs- und die Hausindustriellen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag des freisinnigen Abgeordneten Hofmann (Hall) auf baldmöglichste Vorlegung eines „Gesetzentwurfes zum Zweck einer eingehenden, gründlichen Revision der gesammelten deutschen Medizinal-Gesetzgebung und Schaffung eines einheitlichen Reichs-Medizinal-Gesetzes“. Angenommen hingegen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten folgende Resolution Trimborn und Genossen: „dem Reichstage die Annahme einer Resolution zu empfehlen, welche dahin geht: die verbündeten Regierungen zu eruchen, 1. dem Reichstage thunlichst bald, wenn möglich in der nächsten Session, einen Gesetzentwurf zum Zweck einer eingehenden und gründlichen Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes vorzulegen; 2. in Vorbereitung dieser Vorlage, wie den Vorständen der Krankenkassen, so auch den Vertretungen des Ärztestandes Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Anschauungen und Wünsche zu geben und diesen, soweit möglich, gerecht zu werden; 3. insbesondere in eine Erwägung darüber einzutreten, ob sich nicht die Bildung von ständigen Kommissionen je aus gewählten Vertretern der Krankenkassen Vorstände und der Ärzte (sowie der Apotheker) unter einem neutralen Vorsitzenden (Obmann) empfiehlt, welchen die Regelung der ärztlichen Behandlung nebst Festsetzung eines Tarifes der Honorierung sowie der Entscheidung bezüglich Streitigkeiten obliegt, — mit der Maßgabe, daß alle Ärzte, welche sich dieser Regelung unterstellen, als Kassenärzte und Apotheker im Sinne des § 6 a B. f. r. 6 gelten. Die zweite Lesung in der Kommission ist am Freitag erfolgt.“

Sozialer und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Danziger Hafenarbeiter sind in eine Lohnbewegung getreten. Die Danziger Arbeiter beabsichtigen, die Löhne der Hafenarbeiter zu kürzen. Diese haben beschlossen, das Einigungsamt anzurufen. Ein Streik ist nicht ausgeschlossen. — Die Lohnbewegung der Magdeburger Lederarbeiter (Weißgerber) hat am 25. d. Mts. vor dem Gewerbegericht durch einen Vergleich ihren Abschluß gefunden. Der

Wochenlohn der Weißgerber wurde von 22,50 auf 24 Mark erhöht. Hilfsarbeiter erhalten auf ihren früheren Lohn 1 Mt. Zuschlag. Hilfsarbeiter, welche dieselbe Arbeit leisten wie gelernter, erhalten ebenfalls 24 Mark. Die auf Stücklohn beschäftigten Arbeiter erhalten 3 Prozent Zuschlag auf die bisher gezahlten Lohnsätze. Die Grundpreise sollen um etwas erhöht werden. Für Ueberstunden giebt es 5 Pf. mehr. Sämtliche oben genannten Erhöhungen sollen nur für Arbeiter gelten, soweit sie im Verbands der Lederarbeiter organisiert sind. Dieser Tarif gilt für drei Jahre, bis zum 1. April 1906. Alle bis dahin bestehenden Streitigkeiten sollen durch eine Kommission geschlichtet werden. Als letzte Instanz bei Streitigkeiten gilt das Gewerbegericht, dessen Schiedsspruch von beiden Parteien anerkannt werden muß. — Der Sammetweberstreik in Dett, Kreis Rempten, hat mit einem Siege der Streikenden, trotz aller Quertreibereien der christlichen Führer, geendet. Die Firma J. Girmes u. Comp. hat fast sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt, sämtliche Arbeiter werden wieder eingestellt, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. — Der Ausstand, bei dem 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, ist von den Arbeitern für beendet erklärt worden. — Aus Bergen (Norwegen) wird unter dem 25. März gemeldet, daß die mechanischen Werkstätten eine große Ausperrung vorgenommen haben. 2000 Arbeiter müssen am 1. April ihre Arbeit verlassen. — In einer Versammlung theilt der Vorsitzende des Eisenbahnervereins mit, daß die holländische Eisenbahngesellschaft einer wesentlichen Lohnhöhung für ihre Angestellten zugestimmt hat. — In Amsterdam streiken die Schmiede und Metallarbeiter. — Die Steinbrucharbeiter in der Umgebung von Mailand sind in den Ausstand getreten.

Das letzte „Sinnen“-Opfer. Unser Genosse Schröder vom „Vorwärts“ hat Freitag Abschied von seinen Freunden und der Freiheit genommen, um auf vier Monate nach den gefälligen Räumen des Strafgefängnisses Zegel überzuführen. Wenige Wochen, nachdem sich seine Redaktionskollegen Schmidt und Jahn, die in dem nicht minder gefälligen Böhmssee 6 resp. 7 Monate in beschaulicher Klausur zugebracht hatten, der — wenn man von solchen Erholungsstätten kommt — wirkliche „goldenen“ Freiheit wiedergegeben sahen, erging die berüchtigte Gefängnisorder der Staatsanwaltschaft an Schröder. Öffentlich übersteht unser Genosse die Kerkerhaft, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen!

Die Betheiligung an allen Wahlen zu den Körperschaften, die auf die Gesetzgebung Einfluß haben, wurde von einer Konferenz der sächsischen Parteidelegierten beschlossen überall da, wo Organisationen bestehen. Demgemäß wird man bei den nächsten Bezirksparlamentwahlen mit eigenen Kandidaten vorgehen. Als Hauptprogramm-punkte wurden bezeichnet: Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts für den Bundesauschuß und Aufhebung aller das gesammte Gewerbeleben schwer drückenden Landesgesetze französischen Ursprungs.

Der dolus eventualis. Genosse Albert in Magdeburg, wurde, wie schon kurz gemeldet, vom Landgericht Plauen i. V. wegen angeblicher Beamtenbeleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Verhandlung lag, wie der „Magdeb. Volksstimme“ geschrieben wird, folgender Vorgang zu Grunde: Im Oktober v. J. hatte Genosse Albert in einer Textilarbeiterversammlung im Neumark im Schlußwort das Wort zitiert, daß Johann Jacoby am 2. Mai 1848 zu Friedrich Wilhelm IV. gesagt: „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören können.“ Daraufhin (Neumark liegt in Sachsen) hatte ihm der Beamte das Wort entzogen! Man erklärte der Beamte in der Verhandlung, unmittelbar darauf habe A. zu ihm gesagt: „Ver-

Schlechter Leumund.

Kriminalnovelle von Karl Ed. Klopfer.

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

In diesem halben Traumleben hielt Hugel immer ängstlich die Bemühung aufrecht, nur ja nicht den Tagesanbruch zu verschlafen, damit er nicht von zufällig Vorübergehenden hier — dicht an dem Besitztum Herrn Sendlers getroffen werde, woraus man vielleicht doch einige kompromittierende Maßnahmen gegen Marie gezogen hätte. Er schalt in diesem halbawachen Zustande auf sich selber, daß er den Platz nicht verlassen und fern davon sich seine Ruheflöße gesucht hatte, aber er vermochte sich in seiner Müdigkeit nicht aufzuraffen, um dieses Versäumnis etwa jetzt noch nachzuholen.

Ganz in die Gedanken an seine heuligen Erlebnisse versenkt, magnetisch in die Nähe der noch immer so heiß Geliebten gebannt, war er, nachdem er sich von Marie getrennt hatte, hier in seinen sonderbaren Halbschlummer gefallen, ohne recht zu wissen, wie und wann. Jetzt war in ihm nur das Bestreben wach, den Sonnenanfang nicht zu veräumen, und ebensogut wie er wußte, daß er schlummere und sich nicht aufschrecken könne, ebensogut und genau wußte er, daß ihn der erste Strahl des andämmenden Tages wecken werde; und in diesem Bemühen, zur rechten Zeit sein eigenes zitterhaftes Hindämmern zwischen Schlaf und Wachen zu beenden, kontrollierte er die verrinnenden Stunden oder — glaubte sie vielmehr zu kontrollieren.

So meinte er schon Stunden verträumt zu haben und dem Morgen sehr nahegerückt zu sein, als er durch die geschlossenen Augenlider das Frühroth anbrechen sah. Ja, dort ferne am Horizont flieg die junge Gluth der Sonne empor — aber heute merkwürdig rasch. Ober sollte es eine Traumvision sein? Vielleicht, denn er konnte trotz seines Bemühens den bleiernem Schlummer nicht abschütteln. End-

lich machte er eine gewaltige Anstrengung. Mein Gott! hatte er am Ende sich doch verschlafen? Da stand ja die Sonne schon in grellem Roth am Himmel und übergoß die ganze Erde mit ihrem purpurnen Schein. Er riß die Augen auf, sprang empor und sah — einen Moment noch ohne deutliches Bewußtsein — vor sich hin . . .

Mit einem Schrei des Entsetzens suchte er zusammen.

Was da so hell und warm wie die Sonnengluth vor ihm aufgestiegen zu sein schien, war nicht das leuchtende Licht des Sommertages — ein greller, rother Schein flammte vor seinen Augen, gelbe Funken, gelbrothe Zungen flackerten da zwischen den Säulen des Sendlerschen Gartens; das war Feuer . . . ein Theil der Villa stand in Flammen, lichterloh, prasselnd und zischend, den von dem gefährlichen Element noch nicht angegriffenen Haupttrakt in dicke Rauchschwaden und rothe Bluthreter hüllend, daß man nicht unterscheiden konnte, was da brannte und was bloß den Flammenschein widerspiegelte. Ein prächtiges schönes Schauspiel!

Nur wenige Sekunden überließ sich Hugel der Einwirkung des ersten Schreckens, dann raffte er sich auf; eine wahnstürmige Angst schnürte ihm die Kehle zusammen. Dort war ja sie — Marie — und die Hausbewohner wußten vielleicht noch gar nichts von dem Unglück . . . ?

Kneifend, mit verfürtem Blick, lief er hinaus auf die Straße, dem brennenden Gebäude zu, er hatte nur das von seinem Instinkt diktierte Bestreben, da irgendwie zu helfen. In seiner Hast, Hut, Stock und Mäntel zurücklassend, stürmte er haarschneid vorwärts, fast einem im Traum Wandelnden ähnlich; er wollte um Hilfe rufen, aber die Zunge klebte ihm am Gaumen, Rauch und Hitze erschickten schier seinen Athem, und sein Blick, noch nicht ganz frei von dem Nebel des Schummer, war geblendet durch den grellen Feuerchein, wie sein Denkvermögen durch die jähe Wucht dieses überraschenden Ereignisses aus der regelrechten Bahn gerückt war. Seine Kniee schlotterten, seine Arme waren wie mit

blei beschwert — er mußte nicht recht, wo aus und was beginnen.

Aber als er vom Waldsaum auf die Straße hinausgestürzt war, vernahm er schon zahlreiche Menschenstimmen, das Geräusch der herarrastenden Feuerspritzen, und sah, daß man bereits das Rettungswerk in Angriff genommen hatte. Die Stallburgen, oder wer es sonst sein mochte, führten eben die zitternden Pferde heraus, Alles rannte hin und her, die Bescheimer befanden sich in voller Thätigkeit, aus den Fenstern des Hauptgebäudes wurden Möbelstücke herabgeworfen, kurz und gut — Hugel war da ziemlich überflüssig.

Jetzt erst, nach und nach seine volle Bestimmung zurückgewinnend, sah er klaren Blickes um sich. Er bemerkte, daß seine seltsame Erscheinung das Befremden der umstehenden und herandrängenden Menge erregte, daß man ihn anstarrte. Er sprang seitwärts und war eben im Begriffe, bei ihm haftenden Blicken und Hinweissungsgeberden zu entfliehen, als er in seiner Hast an eine Männergruppe stieß, die eben vom Brandobjekte herkam. Er taumelte zurück, als schallende, barocke Stimmen an sein Ohr drangen. Zwei der Männer erkannte er im Nu, gleichsam im Fluge: den Amtmann Dr. Remberg und Ferdinand Weller, den Kompagnon der Firma J. M. Sendler u. Cie.

Beepold wich unwillkürlich bei Seite, als er sich von einer derben Faust an der Schulter ergriffen fühlte. Es war Weller, der ihn schüttelte und ihm etwas in's Ohr donnerte, das er nicht in seinem ganzen Umfange zu verstehen im Stande war, das aber, wohl im Verein mit dem nervenzersetzenden Einfluß der ganzen Szenerie und seinem Seelenzustande, so niedererschmetternd auf ihn fiel, daß er mit einem unartikulierten Gellen und einem schwarzen Nebel vor den Augen bewußtlos zusammenbrach. . . .

Als der Morgen klar und golden am Horizont emporstieg, war der Brand bereits vollständig überwältigt. Da

Aus Nah und Fern.

Sammlungsaufhebung ist Unfug. Der Angeklagte bestritt das Entschieden. Das Wort „Unfug“ sei zwar gefallen, allein der Vorsitzende der Versammlung habe es ausgesprochen. (Dieser selbst war bereit, es zu beschwören.) Die beiden Ueberwachenden, die als Belastungszeugen auftraten, widersprachen sich sogar, denn während der Kläger erklärte, A. sei auf ihn zugetreten, als er die Worte sprach, beschwor der zweite Beamte, A. habe mit dem Gesicht nach der entgegengesetzten Seite gesehen und sich nur ein wenig umgedreht, während er die betreffenden Worte sprach. Der Beamte selbst erklärte, allerdings habe niemand weiter die Worte hören können, als er und sein Kollege. Daraufhin zog der Staatsanwalt seinen Antrag auf Bestrafung wegen öffentlicher Beleidigung zurück und beantragte Bestrafung nur wegen einfacher Beleidigung. Nun aber folgte das Seltsame: Das Gericht erklärte in der Begründung des auffallenden Urtheils: Wenn es auch wahr sei, daß niemand die Aeußerung weiter gehört habe, so hätte sie doch ebensogut von anderen gehört werden können, und deshalb sei doch öffentliche Beleidigung angenommen worden! (Der bekannte Dolus eventualis.) Der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) sei dem Angeklagten zuzubilligen gewesen. Die Strafe von 100 Mk. sei am Platz, weil „Unfug“ eine Ehrenkränkung. — Kommentar überflüssig!

Nervenheilanstalten für Unbemittelte nach Art der Lungenheilanstalten werden jetzt gegründet. Aus Düsseldorf liegt hierzu die folgende Meldung vor: Behufs Errichtung einer Rheinischen Nervenheilanstalt für Unbemittelte fand am Sonnabend im Ständehause die konstituierende Versammlung unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten statt. Nach einem einleitenden Vortrage des Sanitätsrathes Dr. Peretti, der das Bedürfnis der Errichtung einer derartigen Anstalt als dringend bezeichnet, sprach sich in der Diskussion der größte Theil der Anwesenden gleichfalls für die Errichtung aus. In der Versammlung wurden gezeichnet 56 500 Mk., geschenkt 10 000 Mk. Zur Errichtung sind 600 000 Mk. erforderlich, wovon die Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ 480 000 Mk. ohne Zinsen darleiht.

Aus dem Wahlkreise des frummen Gottesmannes Stöcker berichtet die Elberfelder „Freie Presse“: Die Stöckerianer rühmen sich, im Wahlkreise Siegen die herrschende oder doch einflußreichste Partei zu sein, und ebenso thun sie sich auf ihre Volkstreue und Ehrlichkeit etwas zu Gute. Was es in Wirklichkeit mit letzterer befreit ist, zeigt die Thatsache, daß unserer Partei weder in Siegen, noch in einem anderen Orte des ausgebehnten Wahlkreises auch nur ein einziges Stimmrecht zur Verfügung steht. In Folge dessen hatten unsere Parteigenossen eine Versammlung unter freiem Himmel geplant, welche auf dem Felde eines Parteigenossen in Würbach bei Siegen stattfinden sollte. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht, in Weidenau gemacht, welcher die Versammlung kurzerhand verbot. In dem betreffenden Schriftstück heißt es: „Die Versammlung soll inmitten einer den Bestrebungen und Zielen der Sozialdemokratie durchaus abgeneigten Bevölkerung und an einem Sonntag stattfinden. Hiernach ist zu befürchten, daß die Versammlung Gelegenheit zu Streitigkeiten und Ausschreitungen unter den einander gegenüberstehenden Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geben könnte.“ Die Sozialdemokraten würden natürlich keine Veranlassung zur Störung der Ordnung geben, sie haben das allergrößte Interesse daran, daß die von ihnen veranstalteten Versammlungen in der größten Ordnung verlaufen; es sind also die frommen, staats-erhaltenden Parteien, von welchen der Amtmann Ausschreitungen befürchtet, die zur Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen könnten. Es mag ausdrücklich bemerkt sein, daß die Versammlung auf einem Felde stattfinden sollte, das vollständig abseits des öffentlichen Verkehrs liegt.

Die Wirkung sozialdemokratischer Kritik. Generalmajor v. Einem empfing im Reichstagsgebäude eine aus sechs Arbeitern der Spandauer Militärwerkstätte bestehende Deputation behufs Besprechung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Er nahm die Wünsche der Deputation entgegen und erklärte, daß den vorhandenen Uebelständen ohne Bezug abgeholfen würde. — Traurig genug, daß die Militärverwaltung erst von sozialdemokratischen Abgeordneten auf die Mängel aufmerksam gemacht werden mußte.

Die Bezeichnung „Kurfürscher“ ist beleidigend. So entschied die Berufungsinstanz in Berlin im Prozesse des Naturheilkundigen Saniz gegen Dr. Joachim, der in der ersten Instanz freigesprochen worden war. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß die Bezeichnung Kurfürscher in allen Fällen beleidigend sei. Im vorliegenden Falle trete die beleidigende Absicht noch schärfer hervor, weil der Beklagte in dem beanstandeten Artikel in der „Berl. Aerzte-Korresp.“ den Kläger einen ber... Kurfürscher genannt habe. Der Beklagte sei deshalb kostenpflichtig zu Mk. 30 Geldstrafe und zur Publikation in der „Berl. Aerzte-Korresp.“ verurtheilt worden.

Herr, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun! Der Gemeinde-Vorsteher von Groß-Chelm giebt kund und zu wissen: Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß jeder Personenzugang von auswärts aus anderen Gemeinden vorher mir vom betreffenden Miethsgeber anzuzeigen ist, um zu prüfen, ob die zuziehende Person der Ausnahme in die Gemeinde würdig ist. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bestraft. Groß-Chelm, 5. Januar 1903. (Oberschlesien). Der Gemeinde-Vorsteher Radwanzki.

Der Mann scheint nicht zu wissen, daß es so etwas wie Freizügigkeit giebt. Streun ist menschlich. Genosse Stücken hielt in Chemnitz bei der Märzfeier die Festrede. In dem gleichen Haus, in dem die Feier stattfand, sollte in einem besonderen Zimmer die Versammlung eines evangelischen Vereins tagen, in der ein Pfarrer einen Vortrag halten wollte. Der Kellerer im Restaurant, der die einzelnen Veranstaltungen nicht kannte, hielt offenbar den Genossen Stücken für den Vortragenden des evangelischen Vereins, denn er zeigte ihm dessen Zimmer. Die Verwechslung wurde aber sofort bemerkt, weil in diesem Moment Freund Niemann in das Restaurant trat. Im Saale trugen dann die parteigenösslichen Sänger einige Lieder vor, Stücken hielt dann eine einstündige Festrede, abermals traten die Sänger auf und nun trat ein Mann, der schon den ganzen Abend dageessen hatte, auf einen Parteigenossen zu mit der Frage — ob er denn auch richtig in der Versammlung des evangelischen Arbeitervereins sei! Rolle zwei Stunden hatte es gedauert, bis dem Guten eine dunkle Ahnung darüber aufging, daß er in eine andere Gesellschaft gerathen war. Hoffentlich hat dieser Irrthum seiner Seele nicht geschadet.

Polizeibeamte und Haftpflicht. Die Frage, ob die Stadtverwaltungen für etwaige Uebergriffe ihrer Polizeibeamten haftpflichtig sind, ist von allen in Betracht kommenden Instanzen endgültig bejaht worden. Im Monat Juli 1900 wurde in Düsseldorf der Dreher Terpeden auf offener Straße nachlässigerweise von dem städtischen Polizeibeamten Gühmann im Wortwechsel erstickt, was für den Beamten eine einjährige Gefängnisstrafe im Gefolge hatte. Die Angehörigen des ums Leben gekommenen jungen Mannes strengten alsbald gegen die Stadt Düsseldorf eine Klage auf Entschädigung an. Es ist ihnen nunmehr durch Erkenntnis des Reichsgerichts eine solche in der Höhe von 500 Mk. jährlich zugesprochen.

Aus „besseren“ Kreisen. In Düsseldorf war die Frau des Ingenieurs Ed und der frühere Klauenleutnant Fehr v. Ed unter dem dringenden Verdachte des wissentlichen Meineids, begangen in einer bürgerlichen Privatbeleidigungsklage, verhaftet worden. Auf Grund einer öffentlichen Behauptung des praktischen Arztes Dr. Widemüller, daß er die genannten Personen in der Wohnung des Offiziers beobachtet habe, war von Ed gegen Dr. W. die Privatbeleidigungsklage angestrengt worden. In dieser schwuren im Gegenseitigen zu einer größeren Zahl von Belastungszeugen Frau Ed und Fehr v. Ed jeden Verkehr miteinander ab. Diese Eide hatten zu der nunmehrigen Verhaftung geführt. Die Verwandten der Ed hatten für die Haftentlassung derselben eine Kaution von 500 000 Mk. angeboten, was jedoch von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde. Jetzt hat sich die Ed im Gefängnis vergiftet.

Schutz vor Schupfen. Vor der Kölner Strafkammer stand ein Maurermeister aus einem benachbarten Orte unter der Anklage, den Schupfen Riebler durch die Worte „Lump“ und „Schweinchen“ beleidigt zu haben. Der Maurermeister war bereits zweimal, vom Schöffengericht und von der Strafkammer, freigesprochen worden;

jedoch hatte der Staatsanwalt die Entscheidung beim Ob-Landegericht mit Erfolg angefochten, das das freisprechende Urtheil wegen Verletzung des § 103 des Strafgesetzbuchs aufhob. Der Schupfen trat in die Wohnung des Maurermeisters, der denunziert worden war, er zapfte ohne Konzession Bier. Der Schupfen gab sich als Wanderer aus und forderte ein Glas Bier. Er wurde jedoch mehrmals abgewiesen. Er kam aber wieder in das Haus, that sehr erschöpft, wuschte sich den Schwanz ab und sagte, er habe noch einen weiten Fußweg nach einem entfernten Orte. Endlich erhielt er in Folge seiner Klage ein Glas Bier. Als er sich schließlich als Schupfen legitimirte, stieß der Maurermeister die beiden Schupfen aus. Die Strafkammer sprach auch jetzt wieder den Maurermeister frei: Es handle sich um ein gehässiges, verächtliches Vorgehen des Schupfens und objektiv sei sein Verhalten beleidigend. Der Angeklagte wurde auf Grund der Kompenstation, obwohl er sich der Beleidigung schuldig gemacht habe, für straffrei erklärt.

Die Beleidigung. Aus dem badischen Schwarzmoos wird der „Frl. Ztg.“ geschrieben: Im „Hirschen“ zu Siefen zwei Politiker und streiten über die Jesuiten. „Sie müssen rein“, ruft Herr Pro, „Sie müssen raus“, Herr Contra. Das Redegesetz wird immer hitziger. Eigenschaft und Thaten der Jünger Loyolas schildert Ersterer in den rosigsten, Letzterer in den düstersten Farben. Plötzlich glaubt Contra den Pro bei den Verhören ertrappelt haben, etwas vorher Gesagtes zu bemängeln. Wütend schreut er dem Jesuitenfreund das Wort in's Gesicht: „Sie Jesuit, Sie!“ Der also Benannte springt auf, giebt seinem Gegenüber eine schallende Ohrfeige und schreit: „So, das für die — Beleidigung!“

Bei einer Hinrichtung irrsinnig geworden. Die D. M. u. H. wird geschrieben: Zu der vorigen Woche hier vorgezogenen Hinrichtung des Mörders Franz Sentenck hatte die Gerichtswaarenschlichter Joseph Sabel eine Eintrittskarte verschafft, um den graufigen Akt anzusehen. Er wurde durch die Hinrichtung so ungemein aufgeregt, daß irrsinnig wurde. Als er das Gerichtsgelände verließ, begann er sich höchst ungerecht zu benehmen und schrie unaufhörlich, daß er den Weber Rudarek ermordet habe und auch gehen werden solle. Von diesem Gedanken konnte er sich nicht mehr befreien und mußte schließlich der ärztlichen Beobachtung übergeben werden.

Der irrsinnige Attentäter. Der „Anarchist“ Machetto in Genf, der vor Kurzem eine Dynamitbombe an der Petruskirche zur Explosion brachte, wurde nunmehr von den Gerichtspsychiatern als unzurechnungsfähig erklärt. Machetto wird daher nicht vor Gericht gestellt, sondern den städtischen Behörden übergeben werden, damit die ihn in einer Irrenanstalt interniren.

Ein Kaffeehändler erregender Diebstahl, bei welchem drei Millionen Lire italienischer Rente entwendet wurden, ist nach einer Mailänder Meldung in San Evasio verübt worden. In der Villa der Frau Gavino, der Wittve eines Genueser Bankiers, wurde Morgens die Thür des Geldschrankes erbrochen aufgefunden und es fehlten 3 Millionen Lire italienischer Rententitel, während weitere 750 000 Lire, die gleichfalls in dem Geldschrank lagen, unberührt blieben. Als der That dringend verdächtig wurde sofort der Werwalter der Villa Camens Bellavita verhaftet, der sich beim Verhör in Widersprüche verwickelte. Ein merkwürdiger Zufall will es, daß ein Advokat Mascardi, dem zur selben Zeit 125 000 Lire in San Francesco d'Albato geraubt wurden, ein Kiste des Bestohlenen ist.

Ein Erdbeben, das 5 Sekunden anhielt und von einem starken rollenden Geräusch mit nachfolgendem Geläute begleitet war, wurde am Freitag Morgen kurz nach vier Uhr im Bezirk von Metsovic (Dalmatien) wahrgenommen.

Zusätze Marktpreise vom 28. März.
Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk.
Gafen Stf. — — — — — Stf., Enten Stf. 3,50 Mk., Hühner Stf. 2,00 Mk.
Rüben Stf. — — — — — Stf., Tauben Stf. 0,60 Mk.
Gänse Pfd. — — — — — Pfd., Schlachtkühe 3,25 Mk., Schweine Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 0,88 Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk.
Eier 11 Stf. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpi Pfd. 1, — — — — — Pfd., Karaschen Pfd. 80 Pfg., Geste Pfd. 60 Pfg.
Barische Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,90 Mk.

Sternschau-Biermarkt. Hamburg, 28. März.
Der Schweinehandel verlief gut. Zufgeführt wurden 1080 Stüd. Preis: Sengschwein — Mk., Verbandschweine, schwere 48—60 Mk., leichte 47—49 Mk., Sauen 41—46 Mk. und Ferkel 42—46 Mk. pro 100 Pfund.

Feuer war überhaupt gar nicht so ausgebrochen gewesen, wie es zu Anfang geäußert wurde und wie es besonders dem aufgeregten Haufen vorgekommen war. Im Stallgebäude war es ausgebrochen und nachdem dasselbe niedergefallen war, war es nicht schwer, die ganze Villa, die nur in dem, dem Feuerherde zunächstliegenden Haupttrakt angegriffen worden war, zu retten.

Das Ganze hatte sich überdies so schnell abgepielt, daß Herr Sandler und seine Tochter sich kaum noch so recht den Schicksal aus den Augen gerieben hätten, als man ihnen schon die angenehme Nachricht überbringen konnte, daß jede Gefahr abhört beseitigt, die Feuerbrunst bis auf das letzte Restchen gedämpft sei.

Frage, der sich am hervorstechendsten bei den Arbeitenden betheiligte, war Herr Sandler. Er war es eigenlich gewesen, der allein in der anfänglichen Verwirrung und Unklarheit der aus dem Schicksal geschiedenen Hausbewohner mit seiner beruhigenden Gegenwart und beruhigenden, ruhigen Besonnenheit des Kopfes oben behaltend hatte, und zuerst Anstoß und Regel in die Verwirrung gebracht hatte.

Seine Gegenwart war, wie bald die herzuwandelnden Bienenwaben und Stadtbewohner erfahren, im Grunde genommen nur einem Zufall zu danken, den er selbst nicht genug wußte. Die Szene, welche am Abend zwischen ihm und seiner Frau, Fräulein Sandler, stattgefunden, hatte ihn nämlich so erregt, daß er des Bedauerns empfand, sich durch einen längeren Spaziergang in der wärzigen, wohlbeleuchteten Nachtzeit wieder zu beruhigen. So war er, schon auf dem Wege nach seiner Wohnung im Städtchen begreifend, keine Schritte nochmals am nachherigen durch die Felder und Hopfengärten, im letzten Nothdusse dahin, wenn er nicht schon bis zu dem Dorf, die die verein-

zelte Kette zwischen seinem Wohnorte und dem nächsten Städtchen bildeten.

Auf dem Rückwege, nicht mehr weit von der Sandler'schen Villa, hatte er die Feuerbrunst entdeckt und war, wie das Faktat zeigte, glücklicher Weise noch früh genug gekommen, um in der angegebenen Weise seine Thätigkeit als Helfer in der Noth entfalten zu können.

Alles war darüber einig, daß der wackere, besonnene Herr Sandler sozusagen als der Rettungengel des Hauses erachtet war, denn ihm war es ohne Zweifel in erster Linie zu danken, daß das Feuer keine gefährlichen Dimensionen angenommen hatte.

Endlich war alles beruhigt. Die Leute, die anfangs mit Schrecken an die Möglichkeit gedacht hatten, wie leicht der Brand die naheliegenden Hopfengärten hätte ergreifen und vernichten können, die Schachtkammer fast der gesamten Bevölkerung, abgesehen vom Walde und den benachbarten Landhäusern, alle die aufgewirkelten Gemüther beruhigten sich sehr bald, als man die Ueberzeugung gewann, daß die ganze Geschichte ganz wunderbar glimpflich abgelaufen war. Die Menge zerstreute sich, Jeder ging im sonnigen Morgen an die Tagesarbeit. Der größte Theil der Menschenmenge war übrigens der Gruppe gefolgt, die sich gleich nach der Unterdrückung des Brandes unter der Führung des Amtmanns Kamberg und des Herrn Sandler nach dem Bürgermeisterei des Städtchens begeben hatte, um die behördlichen Schritte einzuleiten, die sich auf die Feuerbrunst bezogen mußten.

Sandler durchschritt indessen mit seiner Tochter den Hof, die Brandstätte zu besichtigen. Es galt zunächst, zu inspizieren, wie das Feuer entstanden sei. Marie und ihr Vater ergüßten sich diesbezüglich in mannigfache Vermuthun-

gen, während sie die schwarzen Wasserlachen überfliegen die sich im Hofraume durch die Vermengung des beim Löschen verspritzten Wassers mit den verfohten Trümmern gebildet hatten.

„Sicher trägt wieder einmal der unsterbliche alte Schlerbrian die Schuld“, grollte der Kaufherr, „eine Unvorsichtigkeit der Dienstkente. Da wurde gewiß im Stalle mit der Laterne leichtsinnig hantirt, oder man hat ein brennendes Bündel Holz achlos in die Streu geworfen, trotzdem ich davon so oft gewarnt habe. Wäre überdies etwas mehr Aufmerksamkeit, weniger Duselei vorhanden gewesen, so hätte das Feuer gleich im Entstehen erstickt werden können. Aber Monsieur Martin war gewiß wieder einmal auf einer feinen Gang und gaben nächstlichen Erfahrungen begriffen, statt als Rutscher den Stall zu überwachen. Er leugnet freilich, fortgewesen zu sein.“

„So?“ rief Marie, deren bisherige Einfaltigkeit um küffere Stimmung im Verein mit ihrer verstorbenen Mienen natürlich auf Rechnung der durch die Feuerbrunst erregte Gemüthsaffektion gesetzt wurde.

„So?“ Das ist erlogen, denn ich habe den Dursche zufälliger Weise gerade heute Nacht heimlich das Haus verlassen sehen.“

„Was Du sagst!“ antwortete Herr Sandler überrascht ohne sich jedoch darüber zu verwundern, wie seine Tochter zu dieser Beobachtung Gelegenheit gefunden haben könnte. „Ei, da soll doch das Donnerwetter! Müß mir der Mensch so frech in die Zähne! Na, warte, den will ich coramirieren wenn er mit den Horden zurückkommt! Aber wie ist das möglich? Der Gärtner behauptet auch, Martin halb angeheidet aus der Kammer laufend gesehen zu haben, als die Flammen zum Schindeldach heraufschlugen.“ (Fortsetzung folgt.)